

Die ...

Jahres ...

Expedition: Berlin ...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Genossen und Genossinnen!

Unter den Stürmen der Revolution hat in Berlin vom 2. bis 6. März der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt.

Das Räteystem, die Kampforganisation, die sich das Proletariat in der Revolution geschaffen hat, ist von dem gesamten Parteitag als entscheidendes Mittel zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft verkündet worden.

Es fordert die sofortige Vergeßenschaftung der entscheidenden Wirtschaftszweige.

Es fordert eine sozialistische Steuer- und Finanzpolitik, alle sozialpolitischen und kulturellen Maßnahmen zur körperlichen Gesundung und geistigen Höherentwicklung des Volkes.

Es fordert die Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch sofortige Beseitigung des Militarismus, Abschaffung der freiwilligen-Korps und Errichtung einer proletarischen Volkswehr.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen anderen Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Ihrer Presse zeugen dafür, daß die proletarischen Massen ihr zustimmen.

Der Parteitag hat Klarheit geschaffen, über die Bahn, die das Proletariat zu verfolgen hat. Es darf sich nicht ablenken lassen durch die Illusion, daß gewalttames Vorgehen von Minderheiten und vereinzelte Teilsaktionen es seinem Ziele näherbringen.

Ihre Führer, die viele Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Macht der Gewohnheit in ihrem Bann halten, enthüllen immer deutlicher den Charakter dieser Politik.

Wie sie mit den bürgerlichen Parteien während des Krieges die Regierung unterstützte und zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben, so haben sie sich jetzt mit der demokratischen Partei und dem Zentrum zu einer Regierung verbunden, die trotz aller schillernden Worte „Sozialisierung“ und „sozialistischem Arbeiterrecht“ dem Kapitalismus nicht ernstlich entgegenzutreten kann.

In klarer Erkenntnis dieser schwachen Zustände wenden sich in den letzten Wochen Scharen Proletarier von den rechtssozialistischen Führern ab; jede Gemeindevahl liefert dafür den bündigen Beweis.

Es fordert die sofortige Vergeßenschaftung der entscheidenden Wirtschaftszweige.

Es fordert eine sozialistische Steuer- und Finanzpolitik, alle sozialpolitischen und kulturellen Maßnahmen zur körperlichen Gesundung und geistigen Höherentwicklung des Volkes.

Es fordert die Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch sofortige Beseitigung des Militarismus, Abschaffung der freiwilligen-Korps und Errichtung einer proletarischen Volkswehr.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen anderen Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Nach dem Generallstreik.

Die bürgerlich-sozialistische Regierung sitzt in Weimar und glaubt mit den Herren und Damen der Rationalversammlung Deutschlands Zukunft schmieden zu können.

Seit Wochen diskutiert die Berliner Arbeiterschaft über den kommenden Generallstreik.

Der am 28. Februar 1919 tagenden Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde ein Antrag unterbreitet, den Generallstreik zu proklamieren.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt.

Keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Berlin, 8. März. Die heute in einem Mittagsblatt verbreitete Nachricht, daß gleichzeitig mit der Aufhebung der Telegraphen- und Postverbindung auch die Aufhebung des Belagerungszustandes erfolgt sei, ist nicht wahr und wird hiermit widerrufen.

Die neue Heße beginnt.

Der Abbruch des Generallstreiks in Berlin scheint manchen Leuten nicht recht zu gefallen. Denn schon weiß die bürgerliche Presse von einem neuen Generallstreik am 26. März zu berichten. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet:

Neue Pläne? Eine Korrespondenz meldet noch: Wie wir erfahren, haben die Unabhängigen in der letzten Nacht beschlossen, den Generallstreik, den auch sie als gefährlicher betrachten, abzubrechen, aber die Zeit bis zum Zusammenritt des allgemeinen Rätekongresses zu intensiver Agitation für den Sturz der Regierung und für eine „Regierung Haase“ auszunutzen und eventuell am 26. März, dem Tage des Zusammentritts des Rätekongresses, einen neuen, wohl vorbereiteten Generallstreik für ganz Deutschland zu beginnen.

Sollte hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens sein? Man sucht jedenfalls einen neuen Vorwand, um die Freiwillichen-Korps in Berlin behalten zu können.

Das künftige Ministertum in Bayern.

München, 8. März. Der Aktionsausschuss macht, wie die Bayerische Staatszeitung erfährt, für die Besetzung des künftigen bayerischen Ministertums folgende Vorschläge: Ministerpräsident, Kauter und Kultus: Hoffmann, Pilsz (Rechtssozialist), Inneres: Simon (Rechtssozialist), Handel, Industrie und Gewerbe: Simon (U.Soz.), Sozialer: Unterleitner (U.Soz.), Verkehr: Frauenborffer, Landwirtschaft: Ditz (Bauernbund), militärische Angelegenheiten: Scheid (Rechtssozialist), eventuell eine andere Persönlichkeit. Justiz: Adersmann (z. B. Gesandter in Wien) oder Enders-Würzburg (Rechtssozialist). Die Frage der Besetzung des Finanzministeriums ist noch offen gelassen.

In diesen Vorschlägen des Aktionsausschusses werden heute abend die Parteien noch Stellung nehmen. Dem gleichen Blatt zufolge finden wegen des Zusammentritts des bayerischen Landtages zur Zeit Besprechungen der Reaktionen, auch der bürgerlichen, statt.

Die Lebensmittellieferungen.

Nach den neuesten Meldungen aus dem Lager der Entente bedeutet der Abbruch der Verhandlungen in Spa über die Lieferung von Lebensmitteln nicht, daß Deutschland überhaupt keine Lebensmittel durch die Entente erhalten solle. Der Oberste Kriegsrat hat am 7. März beschlossen, die Lebensmittelversorgung von Deutschland zu erhöhen. Außerdem hat der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover erklärt, daß er genug Lebensmittel zur Verfügung habe, um Europa zu versorgen, daß aber die Transportmittel unzureichend seien.

Ferner befragt ein neuer amerikanischer Funkpruch, der am 8. März, 4 Uhr morgens, aufgenommen wurde: Der Rat der Großmächte unternahm heute eine Aktion, um die ziemlich akute Situation zu erleichtern, die durch den Abbruch der Unterhandlungen in Spa hervorgerufen wurde. Eine endgültige Aktion ist auf morgen verlagert worden. Aber inzwischen haben Lloyd George, Clemenceau und Oberst House eine Entschliebung gebilligt, die Lord Robert Cecil entworfen hat, um die Angelegenheit wieder in Ordnung zu bringen. Diese Entschliebung sieht eine Auslieferung der Schiffe gegen Versorgung Deutschlands bis zur Ernte vor. Zahlung soll in Kohle, Salz, Nitraten und anderen Produkten, welche Deutschland hat, und welche die Alliierten gebrauchen, erfolgen. Ein Einverständnis ist zwischen den englischen, französischen und amerikanischen Mitgliedern erreicht worden, so daß die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Oberste Rat morgen die Vereinbarung endgültig bestätigen wird und die Verhandlungen in Spa wieder aufgenommen werden können.

Bern gab den Rechtssozialisten die willkommenste Gelegenheit, den längst gesuchten Austritt aus der Streikleitung zu vollziehen und nunmehr offen mit großzügiger Propaganda den Abbruch des Streiks zu erzwängen. In den Straßen wurden Millionen von Flugblättern verbreitet und Hunderttausende von Plakaten angeklebt, die unter Aufsicht der niedrigen Instanzen gegen den Generalstreik hetzen und zur Aufnahme der Arbeit aufforderten.

Die Gewerkschaftskommission, die sich am Donnerstag unter der Wucht des Generalstreiks mit demselben einverstanden erklärte und sich die aufgestellten Forderungen zu eigen machte, erklärte bereits am Freitag, daß sie ihren Beschluß aufheben müsse und forderte ihre Mitglieder auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine solche Propaganda mußte den Generalstreik zum Abbröckeln bringen. Es war daher ganz richtig, wenn unsere Genossen nunmehr den Abbruch empfahlen. Die Rechtssozialisten verlangten die bedingungslose Beendigung, unsere Genossen verlangten erst die Jutage, daß keine Maßregelungen vorgenommen, alle wegen Streikvergehen Verhafteten sofort freigelassen und die militärisch besetzten Betriebe geräumt werden. Auch wurde die Zurückziehung der Freiwilligen Verbände und die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert. Die Erfüllung der ersten drei Forderungen ist von der Regierung zugesagt, die letzten zwei Forderungen abgelehnt worden.

Nach einer von leidenschaftlicher Erregung getragenen Debatte nahm die Vollversammlung am 8. März 1919 folgenden Antrag gegen eine starke Minderheit an:

„Der Generalstreik wird für beendet erklärt. Die Arbeiter werden aufgefordert die Arbeit wieder aufzunehmen. In Betrieben, die militärisch besetzt sind, erfolgt die Aufnahme der Arbeit nachdem die militärische Besetzung den Betrieb geräumt hat. Die Adressen der wegen Streikvergehen Verhafteten sind sofort dem Volksgutrat bekanntzugeben, der für die sofortige Entlassung Sorge zu tragen hat. Des Weiteren sollen die bestehenden wegen Streikvergehen erlassenen Haftbefehle aufgehoben werden.“

Der Generalstreik ist beendet. In der Arbeiterschaft wird noch lange die Erregung wach bleiben. Viele werden mit dem Abbruch des Streiks nicht einverstanden sein. Der „Vorwärts“ nannte diesen Generalstreik eine „Affensomnie“. Er übertrifft die Schwärmereien der reaktionären Blätter. Die Kommunisten, die sich gleich zu Beginn des Streiks befreite stellten, und damit die einheitliche Aktionsfähigkeit lähmten, schimpften jetzt auf die Unabhängigen, die sich mit den Rechtssozialisten zu einer gemeinsamen Streikleitung vereinigten. Wir haben gewiß nur mit Äußerem Verzen mit den Rechtssozialisten die Führung des Streikes übernommen. Wenn wir uns dazu entschlossen haben, so aus der Erkenntnis heraus, daß noch große Massen des werktätigen Volkes den Rechtssozialisten nachlaufen und ohne diese Massen können wir keinen Generalstreik führen. Ein Generalstreik muß eine Massenbewegung sein; sonst ist er von vornherein unmöglich. Ein Generalstreik mit zwei getrennten Streikleitungen, wie dies das Vorgehen der Kommunisten leider bewirkte, kann sich nicht lange halten. Die Kommunisten erklärten bei Ausbruch des Streikes, sie würden ihre eigenen Parolen ausgeben, was sie auch getan und womit sie die Aktionsfähigkeit der Massen gelähmt haben. Ein Generalstreik bedarf einer einheitlichen, klaren, zielbewußten Leitung, diese mitzuschaffen war auch Pflicht der Kommunisten. Das Eintreten der Kommunisten in die Streikleitung hätte den Einfluß der Rechtssozialisten vollständig ausgeschaltet.

Die militärischen Kämpfe in Berlin haben mit dem Generalstreik nicht das geringste zu tun. Wenn jetzt versucht wird, diese militärischen Vorgänge in Verbindung mit dem Generalstreik zu bringen, so ist das ein verrückter Versuch, dem revolutionären Proletariat die Folgeerscheinungen einer korrupten Militärherrschaft anzubasteln. Wir wissen seit Monaten, daß zwischen der Republikanischen Soldatenwehr und den Freiwilligen-Verbänden eine Rivalität besteht, die oftmals durch kleine Zwischenfälle zum Ausbruch gekommen ist. Hier handelt es sich um einen Kampf um die Existenz, der zwischen diesen Truppenteilen ausgefochten wird. Der brave Bürger führt natürlich diese Straßenkämpfe, die einer besonderen Erörterung bedürfen, auf den Generalstreik zurück und wird dabei vom „Vorwärts“ und der reaktionären Presse durch verlogene Berichte gestärkt.

Die Regierung, die noch vor acht Tagen feierlich erklärte, sie denke gar nicht daran, die Arbeiterräte anzuerkennen, hat sich nunmehr bereit erklärt, die Arbeiterräte in der Verfassung zu verankern. Das ist der Erfolg dieses Generalstreiks. Uns genügt dieser Erfolg nicht. Aber nach dem Verrat der Rechtssozialisten mußte der Streik abgebrochen werden. Besser ein Abbruch, der ein Zusammenhalten der Kräfte ermöglicht, als ein aussichtsloses Weiterstreiken mit einer Vernichtung der revolutionären Kräfte. Wir haben jetzt den vierten politischen Streik hinter uns. Immer größer und gewaltiger treten die revolutionären Kräfte des Proletariats in die Erscheinung. Die Berliner Arbeiterschaft wird auch aus diesem Streik gestärkt hervorgehen und neue Kräfte für spätere Aktionen sammeln.

Die Eisenbahner nehmen die Arbeit an.

Berlin, 8. März. Der Direktions-Arbeiterrat und die Bezirksleitung des Berliner Eisenbahnerverbandes haben den örtlichen Streikkommissionen der Eisenbahner bekanntgegeben, daß heute Abend zehn Uhr die Arbeit überall aufgenommen wird. Der Streik sei beendet.

Der Generalstreik in Mitteldeutschland beendet.

Leipzig, 8. März. Wolff meldet: In einer gemeinschaftlichen Sitzung des hiesigen A- und S-Rates und der Betriebsausschüsse wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit in allen Betrieben am Dienstag früh wieder aufzunehmen.

Halle a. S., 7. März. Wolffs Bureau meldet: Der Generalstreik in Halle ist heute nachmittags eingestellt worden. Der Augerkehr über Leipzig ist seit gestern wieder im Gange. Es haben Hausdurchsuchungen in großem Stil stattgefunden, ganze Häuserblöcke wurden umstellt und abgerückt. In der Nacht sind 84 Plünderer verhaftet, einer davon ist erschossen worden. Es fand eine mehrstündige Besprechung zwischen General Roeser und den Streikführern der Unabhängigen über die Zu-

Belagerung der Kruppen voll. Der Belagerungszustand bleibt zunächst bestehen, wird aber langsam abgebaut werden. Kleinere Formationen der Landesjägerbrigade werden so lange in der Stadt zurückgehalten werden, bis die Hauptmenge der „wilden Horden“ in ihren Händen ist.

Erfurt, 8. März. (W. Z. B.) Nach hier vorliegenden Mitteilungen ist gestern der Generalstreik für Mitteldeutschland beigelegt worden. In einer gestern nachmittags in Erfurt abgehaltenen Versammlung wurde noch nicht zur endgültigen Beilegung des Generalstreiks für Erfurt geschritten, doch nimmt man an, daß eine für heute nachmittags einberufene Versammlung zur Beendigung des Streiks führen wird, da bereits gestern sich eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit aussprach. Post, Telegraph und Eisenbahn haben ihre Betriebe, wenn auch in beschränktem Maße, wieder aufgenommen. Das Wasserwerk, das Getreidetrakt- und Gaswerk ist im Betrieb. Der Straßenbahnverkehr ruht noch.

Erfurt, 8. März. (W. Z. B.) Heute vormittag wurde der Generalstreik beigelegt. Der Generalstreik der Bürgerchaft hat damit auch sein Ende erreicht.

Belagerungszustand in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März. Ueber Düsseldorf ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Neuer Streik in Oberschlesien.

In Oberschlesien ist die Streikbewegung neu entflammt. Eine Wolff-Meldung vom 7. März besagt:

„Heuten U. S., 7. März. Der Bergarbeiterausland hat heute weitere Ausdehnung erfahren. Insgesamt streiken 15 Gruben.“

Inzwischen ist, wie aus der folgenden amtlichen Meldung hervorgeht, über Oberschlesien der Belagerungszustand verhängt worden.

Breslau, 8. März. (W. Z. B.) Der kommandierende General des 6. Armeekorps hat im Einvernehmen mit dem Kommandanten der 1. Division in Breslau und dem Kommandanten der 1. Division in Oppeln den Belagerungszustand über Oberschlesien verhängt.

Heuten, 7. März. W. Z. B. meldet: In Radzionka sind die Gemeindevorstände gestürzt und für etwa 90 000 Mark Lebensmittel, darunter 900 Zentner Roggen, geraubt worden. In Nikulisch wurden der Bahnhof gestürmt, die Beamten schwer mißhandelt und verjagt, auf Bahnhofsvorplatz die Beamten verjagt und die Schienen aufgesperrt. Die Führung bei diesen Ausschreitungen hatten auswärtige Elemente.

Einigung in München.

In der Sonnabend-Sitzung des Rätekongresses wurden die von uns gestern mitgeteilten Vereinbarungen in allen Punkten mit den Stimmen der Rechtssozialisten, des Bauernbundes und eines erheblichen Teiles der unabhängigen Sozialdemokraten, also mit großer Mehrheit, angenommen. Abänderungsvorschläge von Landauer wurden abgelehnt. Die Vereinbarung sieht besondres die sofortige Einberufung des Landtages zu einer kurzen Sitzung vor. Das Ministerium soll von den beiden sozialistischen Parteien zusammen mit dem Aktionsausschuß gebildet und vom Landtag bestätigt werden.

Nationalversammlung.

Aus den fünf Sitzungen über die wir seit dem 8. März nicht berichten konnten, tragen wir nachfolgend das Wichtigste nach: Auf der Tagesordnung der 19. und 20. Sitzung vom 8. und 9. März stand die erste Beratung des Verfassungsentwurfs.

Im Verlaufe der Debatte nahmen die Minister Preuß und Heine das Wort zu Auseinandersetzungen mit bayrischen und welfischen Partikularisten, indem sie für eine „Vereinfachung der Reichsgewalt“ eintraten.

Dr. Schüring (Dem.): Ueber den Oberstaatsrat hinweg sind wir zur Demokratie gekommen. Selbstverständlich hat auch die Demokratie, wie jede Verfassungsform, ihre schlechten Seiten. Für die künftigen Reichstagswahlen könnte man ein besseres Verhältniswahlverfahren einführen. Die dreijährige Legislaturperiode möchten wir auf fünf Jahre verlängert wissen. Mit der Institution des Reichsrats haben wir uns abgefunden, ein berufständisches Wahlrecht für ein Stotenhous lehnen wir ab. Das Kapitel der Grundrechte hat uns außerordentlich enttäuscht. Wir finden hier nur die ältesten Rodenhüter aus dem Jahre 1848. Völlig unbeschreibend ist, was über das Schulwesen gesagt ist. Das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen muß einheitlich aufgebaut werden, dazu ist notwendig eine Reichsschulbehörde zu gegenseitiger Verständigung.

Abg. Henke (U. S.): So lang der Kapitalismus vorherrscht, wird keine Freiheit und Gerechtigkeit möglich sein gegenüber der Arbeiterklasse. Daher ist es kein Wunder, daß der vorliegende Verfassungsentwurf wesentliche Verschlechterungen enthält gegenüber dem ursprünglichen Entwurf. Eine Verschlechterung liegt beispielsweise darin, daß Versammlungen bewaffneter Massen nicht erlaubt sind. Das ist nicht zu rechtfertigen in einer Zeit, wo alle weisensfähigen Männer bewaffnet sein sollen. Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, daß Ermahnungen nur gegen Entschädigung zulässig sein sollen. Den Leuten, die sich in schamloser Weise auf Kosten der Nation bereichern haben, muß man den Raub durch einfache Konfiskation wieder nehmen können. Die neue Verfassung spottet wider, daß der Kapitalismus weiter in Deutschland herrscht. Im Hinblick auf die revolutionären Kräfte wird eine neue Militärmacht geschaffen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. In ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse benutzt die drohenförmige Regierung das Mittel des allen Regimes, den Belagerungszustand. Die Arbeitermassen sind unzufrieden, weil sie sehen, daß dieser angeblich neue Staat der Fesseln der kapitalistischen Herrschaft noch nicht ledig ist. Wir nähern uns einer Umwälzungskrise, in der der Kapitalismus ein Hindernis der Produktion wird. Die jetzige so viel gepriesene Demokratie ist eine Demokratie der Reichen. In der Nationalversammlung wird zuviel geredet, aber die Vollzugsgewalt fehlt ihr. Die Arbeiterschaft weiß ein besseres Mittel, ihre Interessen wahrzunehmen, das sind die Arbeiter- und Soldatenräte, von denen im Verfassungsentwurf nicht die Rede ist, dagegen ist die Hindernis gegen sie um so mehr in der Nationalversammlung zum Ausdruck gekommen, so daß die Erbitterung der Arbeiterschaft im tiefen Wachen begriffen ist. Wir fordern, daß dem Rätekongress auch in der Verfassung sein Recht zu werden, daß ein frisches Blut in Weichheit und Verwundung bringen. Man soll den jetzigen Uebergangsberechnungen nicht blind gegenübersehen und es nicht damit genug sein lassen, daß man sich ihnen gegenüber auf die Bajonette stößt. Die Verfassung wird ein Schwert bleiben, aber schnell überholt werden durch eine Entwicklung, die ebenfalls sehr

schnell von neuen Formen ihren Platz einnehmen wird.

In der 21. Sitzung am 6. März folgte die Interpellation der Deutschnationalen über die Zustände in der Provinz Posen.

Dr. Schirmacher (Deutschnat.) begründet die Interpellation durch Erzählung von Polenereignissen und fragt, was die Regierung zu tun gewillt und fähig ist.

Erzberger schiebt die Schuld an den heutigen Zuständen in Posen der bisherigen Polenpolitik Preußens zu. Nach im November ist durch die ungerechte Behandlung der Polen ihren jetzigen ungeduldeten Ansprüchen Vorschub geleistet. Der Abschluß des Waffenstillstandes, den die Interpellation als eine Schmach bezeichnete, war eine harte Notwendigkeit.

Oiler (Deutschnat.) und Bauermann (D. Sp.) richten heftige Angriffe gegen Herrn v. Gerlach und loben die Politik des Ministers Dirsch.

Sohn (Unabh.): Was jetzt den Deutschen von den Polen geschieht, ist genau so zu verurteilen wie das, was früher den Polen von den Deutschen geschah. Nachdem alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten die frühere Politik gegen die Polen mitgemacht haben, ist ihrer heutigen Klage über die Gewalttätigkeiten der Polen ein geringeres Gewicht beizumessen. Hunderttausende von Männern und Frauen sind während des Krieges aus Kongretholen nach Deutschland vertrieben worden, um in der deutschen Kriegsindustrie Verwendung zu werden. Der Uebermut der Polen gegen das schwache Deutschland ist nicht zu bestreiten. Aber leider steht diesem Uebermut der Polen eine heimtückliche Politik nach dem Waffenstillstand gegenüber, eine Politik, die sich in Kulofigkeit und wütheloser Anbiederung an die Entente erschöpft.

Kragt man nun, mit welchem Mittel die mit Recht beklagten Uebelstände beseitigt werden könnten, so steht zunächst die Tatsache fest, daß durch die Machtprüche der Entente doch bis zu einem gewissen Grade eine Beruhigung geschaffen worden ist. Die Polen werden sich diesem Nachdruck fügen und sich wohl hüten, die Kunst, die sie jetzt bei der Entente finden, auf Spiel zu setzen. Ein Grenzschutz wird nur so weit nötig und gerechtfertigt sein, als es gilt, hungernde und plündernde Banden aus Kongretholen abzuwehren. Im übrigen muß mit allen Mitteln und unablässig auf das Bewußtsein der ganzen Welt eingewirkt werden, in dem Sinne, daß jeder erkennt, daß die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht geschmälert werden darf auf Kosten der Deutschen. Es müssen Personen in die Waffenstillstandskommission geschickt werden, die das Vertrauen der Welt und auch der Gegner besitzen. Erzberger hat nach seiner politischen Vergangenheit und seiner Haltung während des Krieges nicht den Anspruch auf das Vertrauen der Welt. Er hat die deutschen Soldaten prostituiert als Grenzwächter gegen den Bolschewismus. Ich habe große Bewunderung für die Fähigkeiten des Herrn Erzberger, sich aus allen Niedertrüben wieder aufzurichten und immer da zu sein, wo er glaubt, gebraucht zu werden. Er hat die Fähigkeiten eines jetzigen Zehnjährigen. (Große Heiterkeit.) Er ist nicht niederzukriegen durch irgendeine politische Niederlage. Er kann sich offenbar auch kein Ministerium ohne die Teilnahme von Herrn Erzberger denken. (Heiterkeit.) Er hat die Regierung des Prinzen Max und die der Volkbeauftragten Ebert-Kaase überdauert. Er wird auch die jetzige Koalitionsregierung überdauern, und wenn wir ein Ministerium Ledebour-Däumig-Spartakus haben, so wird sicher Herr Erzberger auch dabei sein. (Große Heiterkeit.) Die Welt vergißt aber nicht, daß Erzberger derselbe Herr ist, der im Kriege die „Wahheit“ in die Welt gesetzt hat. Er hat in der Budapestter Straße die große Preßkloake gehabt, von der aus die ganze Welt mit Unrat übersättigt wurde. Wenn Preßorgane in der Schweiz gelaufen, wenn Vollschaften in Rumänien gemacht, wenn in Italien die Presse beeinflusst werden sollten, Herr Erzberger war immer in der Nähe, derselbe Herr Erzberger, der Herrn Böglers enigmatischer, war während des Krieges nicht so weit von Herrn Stinnes entfernt und hat auch im Aufsichtswort des Herrn Thyssen gelesen. Herr Erzberger hat auch im Punkte der russischen Befragungen nicht die Wahrheit mitgeteilt.

Erzberger weiß auf diesen Angriff des Genossen Cohen nichts Tatsächliches zu antworten.

Die 22. und 23. Sitzung werden ausgefüllt von der ersten Beratung des unter dem Druck des Generalstreiks so plötzlich eingeschobenen Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft (In der jetzigen Abendausgabe sind die beiden Gesetzentwürfe bereits veröffentlicht.)

Reichswirtschaftsminister Bissell begründet sie in einer großen, aber wie das „U. S.“ sagt, „recht phantastisch angelegten“ Rede. Er kündet darin auch die bevorstehende Sozialisierung des Kaliberbaus an.

Henke (U. S. P.): Die dreiten Massen der Arbeiter erwarren mit Recht von der Sozialisierung eine Verbesserung ihrer Lebenslage. In den vier Monaten der Revolution hätte man schon schneller etwas zur Beruhigung der Arbeiter tun können. Daß die Forderung ohne Begründung erscheint, wird von meinen Freunden sehr beklagt. Mit Eile kann man sich nicht entschuldigen, denn die Sozialisierung des Bergbaus und einer ganzen Anzahl anderer Betriebe ist eine einfache Aufgabe. Die Regierung kommt recht spät mit dem Gesetzentwurf heraus, und ich begreife nicht, wie Herr Bissell gestern betreiben konnte, daß er ein Druck von außen dazu geführt hat. Wir geben und keinen Illusionen hin, wir wissen, daß zwischen Arbeiter und Bürgertum ein Abgrund klafft, der nie zu überbrücken ist. Daß nur auf dem Wege der schärften Klassen Kämpfe die Sozialisierungsfrage gelöst werden kann. Was das gar keine Ursache, sich über das zu erregen, was im Lande vorgeht, die Arbeiter sind durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht worden. Man sollte die jetzigen Erscheinungen zu verstehen suchen, statt sie einfach zu verurteilen und damit zu dem Satz zu kommen: Gewalt gegen Gewalt.

Auch meine Freunde erkennen an, daß die Schwierigkeiten der Sozialisierung gerade gegenwärtig sehr große sind. (Hört, hört! bei den Sog.) Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß man nun gerade dieses Schnecken tempo einschlagen muß. Die Begründungsrede des Ministers hat mich enttäuscht. Es war eine sozialistische Moralpredigt, aber die Angehörigen der bürgerlichen Klassen weisen auf solche Ermahnungen. Der Schutz der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung kann nur durch die vollständige Sozialisierung geschehen. Wir stehen der Sozialisierungsfrage ruhig und nüchtern gegenüber, ihre Schwierigkeiten sind groß, man muß deshalb die genügende Rücksicht walten lassen. Diese darf aber nicht so weit gehen wie in den Regierungsvorlagen. Ich hoffe, daß das Drängen der Massen drängen, das weitergehen wird (Hört, hört!), die Regierung dazu treiben wird, sehr bald mit anderen besseren Sozialisierungsvorlagen zu kommen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

In diese Ausführungen des Genossen Henke schließt sich ein Redebuell zwischen Dugenberg (D. Nat.) und Scheidemann, die sich beide in Phrasen ergehen, ohne etwas prinzipiell oder tatsächlich Neues vorzubringen. Scheidemann benutzt die Gelegenheit zu Angriffen gegen die Arbeiterschaft im allgemeinen und den Generalstreik und die U. S. P. im besonderen.

Weitere Redner der Rechtssozialisten und des Zentrums treten für den Gesetzentwurf ein, wobei der Zentrumsabgeordnete Zumbach sagt: „Der Arbeiter wurde bisher nicht als gleichberechtigter angesehen. Sozialisierung ist praktisches Christentum.“

Abg. Roeten (U. S.): Was jetzt geschieht, steht durchaus nicht im Einklang mit dem, was wir uns unter Sozialismus vorstellen. Aus dem jetzigen wirtschaftlichen Chaos kommen wir nur heraus, wenn die Arbeiter, Hand- und Kohlenarbeiter, in größtem Umfange an den Betrieben interessiert werden. Dazu

...konsequenter, unweiblicher Sozialismus...
der den Arbeitern die Heberzeugung bringt, daß ihre Ausbeuter
ausgeschaltet sind. Der Kapitalismus ist verankert bei den Kri-
nären und Ausschreitungen, die die Betriebe kontrollieren. Diese
kontrollierenden und bewaltigenden Organe müssen ausgeschaltet
werden, an ihre Stelle müssen die Beauftragten der Arbeiter des
Betriebes gesetzt werden. Sie kommen um das Räteystem
nicht herum, wenn Sie aus dem Chaos herauswollen. (Sehr
richtig! bei den U.-Soz.) Das Räteystem wird die Ar-
beitsunlust überwinden. Die Organisierung der Tech-
nik wird durch das Räteystem sehr gewinnen, die ganze In-
dustrie wird dadurch gehoben werden. In der Regierung sitzen
manche Sozialdemokraten, die zwar schöne Reden können,
um das Volk einzulullen, die aber nicht die organisatorische Fähig-

keit besitzen zum Aufbau unserer Wirtschaft. Was der heutige
Streik ist ein Verbrechen gewesen, sondern es ist ein Verbrechen,
daß Leute, die viele Jahrzehnte lang den Sozialismus im Munde
geführt haben, jetzt als Minister ihre Versprechungen nicht ein-
lösen. Dieses Verbrechen muß angeklagt werden.
Der Streik in Mitteldeutschland ist ganz spontan ohne
Hauptführer, ohne Verleumdungen, ja ohne Kassierer ausge-
brochen, nur weil die Arbeiter das Verbot nicht haben. Es
beruht völlige Ruhe, bis die Koslegarde anrückt. Für die
Ausschreitungen tragen die Truppen die Schuld. Der Horn der
Arbeiter läßt sich mit Halbbreiten nicht befähigen. Die So-
zialisten sind zu Ende, aber in Oberhessen und in Kassel
läßt es schon wieder. Die Arbeiter verlangen ganze
Arbeit.

bedrohen. Die Republikanische Soldatenwehr und die Kom-
munisten haben sich in den Dächern verfangen und eröffnen von
dort auf die Regierungstruppen heftiges Feuer. Die Kämpfe
dauerten während der ganzen Nacht an, ohne bis jetzt abgeklungen
zu sein. Die Verluste der Spartakisten (11) werden auf zehn bis
zwölf Tote geschätzt. Im Polizeipräsidium in Neuföllin wurde
ein Mann, der sich zur Arbeit begeben wollte, getötet.
Wir geben alle diese Nachrichten mit allem Vorbehalt wieder.

Ämliche Berichte.

Ämlich durch das Wolffsche Telegraphenbureau werden Be-
richte verbreitet, von denen wir nach den folgenden wiedergeben, die
mit Vorbehalt gelesen werden müssen!

Die Berichte der an den Straßenkämpfen beteiligten Trup-
pen ergeben folgende Darstellung:

Die Regierung übertrug den Schutz der Hauptstadt der
Garde-Kavallerie-Schützen-Division und den
ihre unterstellten freiwilligen Truppen. Das Polizei-
präsidium wurde von Schuppleuten und Teilen des Alexander-
Regiments verteidigt. Am 5. März, abends 10 Uhr,
eröffnete die Kavallerie das Feuer auf das Gebäude aus Feld-
geschützen, Minenwerfern und Maschinengewehren. Bis
zum 6. März, 4 Uhr nachmittags, erfolgte die heftige Kämpfe
gegen die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hatte den
Bewegungsangriff der Kavallerie, dem Sturmbataillon Heusch-
kel und Teilen der Deutschen Schützen-Division übertragen.

Am 6. März um 2 Uhr 30 Min. nachmittags drängten im
Bewegungsangriff gegen den Alexanderplatz und die umliegenden
Straßen die Freiwilligen die Spartakisten überaus zurück. Den
Kern der Spartakisten bildeten die Volksmarine-Division
und große Teile der Republikanischen Soldatenwehr.
Sie haben den Angriff auf das Polizeipräsidium auf und räumten
den Alexanderplatz unter Zurücklassung zahlreicher Toten
und Verwundeter. Die Partisanen wurden getötet, dem Gegner
wurde nach Osten und Südosten nachgedrängt.

Die Volksmarine-Division hatte ihr Quartier, das Marine-
haus an der Jannowstraße, unter Verwendung von
Artillerie, Minenwerfern und Maschinengewehren in eine starke
Festung verwandelt. Nach kurzem Wirkungsschießen mit Feld-
geschützen hatte das Haus drei Treffer erhalten. Unter der
Beschießung brach eine Panik aus. Sie warf ihre Waffen in die
Sprengung und versuchte zu entkommen, jedoch wurde der größte Teil
der Freiwilligen gefangen.

Um die Befestigung im Realgymnasium in der Elisabethstraße
auszuräumen, hatten die Aufreiter vor den Türen und Fen-
stern große Feuer angezündet. Gerade zur rechten Zeit entsand
Verfolgungskommandos die Verteiliger. Auch hier hatte
Spartakus schwere Verluste.

In Neuföllin hat das Detachement Neuföllin des
Garde-Kavallerie-Schützen-Division sowie das Reserve-Regi-
ment 64 Ordnung geschaffen.

Am Nachmittag kam es zu unbedeutenden Schießereien am
Charlottenburger Rathaus, in der Friedrichstraße
und der Französischen Straße.

Schwerer Unfall im Markushof.

Bei den Kämpfen in der Markussstraße ereignete sich ein
schwerer Unfall. Durch eine fehlgeschlagene Mine wurde der Dach-
stuhl des Hauses „Markushof“ sowie die vierte, dritte und zweite
Etage der nach der Blumenstraße gelegenen Front durchschlagen.
Mehrere Personen wurden durch das Geschehen, das große Ver-
wüstungen anrichtete, verletzt. Durch ein weiteres Geschehen, das
auf der Straße ereignete, wurden in dem im Erdgeschoß ge-
legenen Restaurant mehrere Personen verletzt.

Die Zahl der Toten.

läßt sich auch heute noch nicht übersehen. Im Berliner Reichs-
schauhaus liegen allein 70 Tote. Dazu kommen noch die Leichen
in den verschiedensten Krankenhäusern und in den Militärkazo-
netten. Von den 70 Leichen im Schauhaus konnten bereits 40
festgestellt werden. Die übrigen 30 sind ohne Papiere ein-
geliefert worden. Diese sind wahrscheinlich auf den Verbänden
zurückgehalten worden und werden hinterher dem Schauhaus
überhandt.

Die Verwundeten.

Die Zahl der auf den Berliner Unfallsationen bis gestern
abends eingelieferten Schwerverwundeten belief sich auf
123 Männer, 25 Frauen und 3 Kinder. Außerdem wurden dort-
hin 14 Tote gebracht. Das Gebirgskrankenhaus nahm 66 Schwere-
verletzte und 13 Tote auf.

Der Verband für erste Hilfe hatte bisher in den Kämpfen
sämtlich etwa 60 Verwundete zu behandeln. Das Krankenhaus
Friedrichshain und das Reichsschauhaus sind überfüllt.

Am Wilhelmplatz zu Charlottenburg kam es gestern nach-
mittags zu schweren Kämpfen, bei denen ein Mann und zwei
Frauen getötet und sechs Personen durch Schüsse verletzt wurden.

In Moabit kam es Freitag wieder zu heftigen Kämpfen in
der Turm- und Wustelstraße zwischen Reichardt-Truppen und
Spartakisten, bei denen die Regierungstruppen Soldaten die Ober-
hand behielten. Sechs Tote und zwölf Schwerverletzte fielen dem
Gegensatz zum Opfer. Am späten Abend war es in Moabit ruhig.
Am Abend gegen 6 Uhr fielen eine Anzahl Schüsse am Rosen-
thaler Platz. Vier Schwerverletzte wurden nach dem Virchow-
Krankenhaus gebracht.

Ueber 1000 Gefangene.

Bis gestern vormittag waren in den verschiedensten Kün-
gen, Kasernen und Depots weit über 1000 Gefangene ein-
gebracht. Ihre Zahl vermehrt sich ständig.

Die Kommandantur warnt.

Die Kommandantur gibt bekannt, daß in Berlin seit Mit-
woch der verstärkte Belagerungsstand verhängt ist. Demnach
sind alle Ansammlungen auf Straßen und Plätzen ver-
boten, selbst das Stehenbleiben. Noch so harmlose Gespräche
dürfen unter freiem Himmel nicht geführt werden. Wird der
etwasmaligen Aufforderung weisungsgemäß nicht Folge geleistet,
so wird sofort geschossen. Die behördlichen Organe hätten die Pflicht
von der Schußwaffe ohne Federlesen Gebrauch zu machen.

Der Verkehr.

Die Hoch- und Untergrundbahn hat am Freitag den
Verkehr aufgenommen. Bei der Straßenbahn handelt es sich
um die Bezahlung der Streiktag, auf die die Direktion nicht ein-
gehen will. Es wird noch verhandelt.

Nachforschungen nach Waffen.

Es besteht der dringende Verdacht, daß aus den Berliner und
Spandauer Fabriken von kommunistischen Arbeitern größere
Mengen Feuerwaffen entwendet und in besonderen Depots unter-
gebracht wurden, von wo dann die Verteilung an die Aufständigen
erfolgte. Die Truppen haben den Befehl erhalten, in den nächsten
Tagen die ganze Stadt auf Waffen zu durchsuchen.
Im Westen wurde bereits am Freitagabend der Anfang gemacht.
Vorposten hielten auf der Straße Passanten und Wagen an und
untersuchten sie. Da man erfahren hatte, daß von Spandau aus
ein Waffenamtsversteck versucht werden würde, wurden der Kaiser-
damm und die Charlottenburger Chaussee durch Streifen gesperrt.
Sämtliche ankommenden Fuhrwerke wurden sorgfältig auf Waffen
durchsucht.

Die Straßentämpfe in Berlin.

In den Tagen vom Dienstag bis Sonnabend haben sich in
den Straßen Berlins Kämpfe abgepielt, die an Heftigkeit und
an der Zahl der Toten und Verwundeten die Vorwoche über-
treffen. Die ersten größeren Kämpfe spielten sich

am Alexanderplatz

ab, wo es zwischen der Volksmarine-Division, der Repu-
blikanischen Soldatenwehr einerseits und den Re-
gierungstruppen andererseits zu schweren Zusammenstößen kam.
Wie es heißt, soll die Marine-Division von der Kommandantur zur
Räumung des Alexanderplatzes herangezogen worden sein. Als
sie ankam, sei sie von Augustinern und Freiwilligen beschossen
worden. Das sei das Signal zu den Kämpfen gewesen, die sich
hier länger als 24 Stunden, von Mittwoch die ganze Nacht hin-
durch bis Donnerstag hinein abspielten. Drei Depots der
Republikanischen Soldatenwehr stellten sich auf die Seite der
Matrosen. Ein

heftiges Gefecht

entwickelte sich. Mit schweren Geschützen wurde das Polizei-
präsidium beschossen, das mit Maschinengewehren erwidert
wurde. Auch Zivilisten griffen die Matrosen unterstützend, in
den Kampf ein. Schwere Vollgesser schlugen in das
Präsidium ein. Von der Prenglaue und Landberger Straße
her richteten sich die Wundungen der Geschütze auf das Präsidium.
Die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hörte man in der
ganzen Stadt die Kanonenschüsse, bis es schließlich zu ungunsten
der Matrosen ein Ende fand. Etwa 200 Matrosen wurden
als Gefangene abgeführt. Im Laufe der Kämpfe ver-
breitete sich in der Stadt das Gerücht, Parlamentsäre seien
erschossen worden, was überall die vorhandene Erbitterung im
höchsten Maße steigerte. Es wird bestritten, daß solche Er-
schießungen stattgefunden hätten, bestritten wird auch das
andere Gerücht, daß nach Abschluß der Kämpfe 60 Matrosen
falschlicherweise seien. Die Republikanische Soldatenwehr hat
eine Anzahl Leute, die im Militärgeheimnis interniert waren,
befreit.

Das Gebäude des Polizeipräsidiums,

hauptsächlich die Front nach der Brunerstraße, ist schwer beschädigt.
Hier sieht Einschlag neben Einschlag. In die Wänden sind tiefe
Löcher gerissen, so daß man bis in die Innenräume sehen kann.
Die kleinen Balkustraden auf dem Dach und der Balkon sind zer-
stört. Große Haufen von Mörtel, Schutt und Glasscherben be-
decken den Boden.

In dem Haus Landberger Straße 12 hat eine Mine das
ganze Haus vom Dach bis zum Keller durchschlagen und alles ver-
wüstet. Das Lehrerbüro und das Kassenbüro weisen beträch-
tliche Beschädigungen auf. Die Drähte der Straßenbahn sind an
vielen Stellen zerissen und liegen auf der Straße. In den
Turm des Berliner Rathauses haben zwei Schrapnell
eingeschlagen. Neben der Uhr befindet sich ein tiefes Loch, die
Säulen bleiben unversehrt.

Lebhafteste Kämpfe haben sich auch im

Frankfurter Viertel

abgepielt, hier besonders heftig in der Gegend des Strau-
berger Platzes, wo die Schule in der Elisabethstraße das
Kampfobjekt war. In der Rosenthaler Straße, am
Spittelmarkt, in Moabit, überall arbeiteten die
Maschinengewehre der Regierungstruppen, die blindlings auf das
Publikum schossen. Feuergebräus führten ununterbrochen mit
Toten und Verwundeten durch die Straßen.

Am Freitag — Sonnabend.

Ueber die Vorgänge am Freitag und Sonnabend berichten
bürgerliche Zeitungskorrespondenten:

In heftigen Kämpfen kam es am Freitag nachmittags in der
Brunerstraße. Schon während des Vormittags hatten
sich in der Nähe des Rosenthaler Platzes, in der Invaliden-
und Brunerstraße starke Reihenschlangen gebildet, die der
Aufforderung der Patrouillen, auseinanderzugehen, nicht Folge
leisteten. Als Truppen der Brigade Reinhard heranrückten, um
die Straßen zu räumen, kam es zu ersten Zusammen-
stößen. Die Spartakisten (11) hielten in der Brunerstraße
ein Sanitäts- und ein Protokollautomobil an, klappten die Wagen
an und bauten aus den beiden Fahrzeugen eine Barrikade.
Als die Regierungstruppen vorgingen, um das Volkswort zu stür-
men, zündeten die Spartakisten die Benzinkanister der beiden
Kraftwagen an. Es entstand ein gewaltiger Brand, so
daß die Feuerwehre herangerufen werden mußte. Die Wehr
wurde von den Angreifern an der Ausübung ihrer Tätigkeit durch
Schüsse verhindert.

Im Wilmersviertel.

Von mehreren Granattreffern wurde gestern, Sonn-
abend, vormittags zwischen 10 und 11 Uhr das Wilmers-
viertel heimgesucht. In der Hufelandstraße schlugen zwei
Granaten ein. Verheerendere Wirkung lösten zwei Einschläge
an der Ecke der Kaiserstraße und Arnswalders Platz.
Die Geschütze wurden demoliert. Schwerer Spreng-
stücken wurde das Haus am 64 beschädigt. Mehrere Beamte
und Zivilisten sind hierbei verwundet worden und erhielten durch
die Feuerwehre die erste Hilfe. Später erschienen Flieger, und
die Schlegelstraße hörte auf. Die hochgelegene Brauerei Wilmers
ist mit Maschinengewehren besetzt und wird von mehreren
hundert Mann verteidigt. Die Regierungstruppen dringen
durch die Königsstraße und die Parallellstraßen, ebenso vom Trieb-
schienen vor, um die Brauerei zu nehmen. Zur Vorbereitung
des Sturmes ist Artillerie am Friedrichshain und am Wilmersplatz
aufgestellt worden. Von dort belegen schwere Kanonen das
tiefe Grundstück mit Granaten. Ueber der Brauerei schweben
zwei Kampfflieger, die das Geschützfeuer leiten und selbst durch
Fliegerbomben eingreifen, um die Maschinengewehre zu zer-
stören. Ueber der Königsstraße und über der Landberger
Allee, wo ebenfalls heftig gekämpft wird, greifen Flieger mit
Maschinengewehren und leichten Fliegerbomben ein.

Ueber der Krautzstraße wurden mehrere Flieger-
bomben abgeworfen. In der Ballhofstraße schlug eine
Granate, die festgehangen war, in das Dach eines Hauses und
reagierte dort. Das Geschütz löste die Dachpartien in Brand, so
daß die Feuerwehre eingreifen mußte.

Sehr heftig wurde mittags auch in der

Schönhauler Allee

gekämpft. Von dort aus hielten Artillerie die Straßen. Bis
oben Mittag wurden zahlreiche Tote und Verwundete

in dieser Gegend gemeldet, die durch die Feuerwehre geborgen
werden mußten. Gegenwärtig durchsuchen starke Patrouillen die
Dächer nach Dachschützen und Waffen. Spezialistische Batterien
befähigen nach Richtung Weichen die Gegend vom Kran-
sieder Platz und Grefenwälder Straße. Es ist bisher noch nicht
gelungen, die offenbar geschickt eingebauten Geschütze in ihrer
Lage festzustellen.

Nachdem die Kämpfe der letzten Tage die Unangenehmkeit
eines großen Teiles der republikanischen Soldaten-
wehr erwiesen haben, wird die Stärke dieser Truppe auf zehn
Depots, 6000 Mann umschätzt, herabgesetzt. Es sind dies
Depots, die in den Kämpfen treu zur Regierung gestanden haben
und eine Gewähr für ihre gute Haltung geben.

Gestern vormittag lebten die

Kämpfe am Hufeisen Markt

bis zum Rosenthaler Platz wieder sehr heftig auf. Regierung-
struppen haben Artillerie am Hufeisen Markt aufgeschossen, da
auf der Weinmeister, Gormann- und Sophienstraße starke
Haufen republikanischer Sicherheitskämpfer und Kommunisten
den Alexanderplatz zugunsten versuchten. Die ganze Gegend ist
durch Truppen abgesperrt.

In der Grünstraße wurden zwei Frauen dadurch
getötet, daß ein Soldat der Regierungstruppen unvorsichtig mit
einem Maschinengewehr umging, das sich plötzlich entzündete.

Gegen 11 Uhr wurde gestern am Alexanderplatz
wieder heftig gekämpft. Durch Flieger wurde den Regierung-
struppen signalisiert, daß die Spartakisten von ihrem Haupt-
quartier Wilmersberg und vom Straußberger Platz aus im An-
marsch seien. Die Aufreiter, die hauptsächlich den Weg über
die Landberger Straße nahmen und sich dort auf den Dächern
der Häuser festhielten, wurden unter lebhaftes Feuer genommen.
Nachdem schwere Mienen in die von den Spartakisten be-
setzten Häuser ein, zertrümmten die Dächer und wirkten unge-
heure Staubwolken auf. Kanonen wurden gegen die Straßen-
fronten gerichtet und feuerten die Landberger Straße heraus.
Die Straßen zum Zentrum der Stadt sind durch starke Bataillone
abgesperrt. Auf den Dächern stehen Maschinengewehre, Draht-
garnnetze beschützen Passanten und zahlreich Neugierigen den
Uebergang.

Im äußersten Norden Berlins.

Der Gesundbrunnen, der äußerste Norden Berlins, war bis-
her von Regierungstruppen verschont geblieben. Demgegenüber
die dort wohnende Bevölkerung verhältnismäßig ruhig. Gestern
nachmittags tauchten auch hier in der Panitzstraße Regierung-
struppen auf, um auszuräumen, wie es im amtlichen Publikations-
fall so schön heißt. In der Bodstraße, Panitzstraße, Wilmers-
straße machten die jungen Stahlhelmkämpfer in die Luft,
daß es so eine Art hatte, und erschreckten die Bewohner ohne den
geringsten Grund und Ursache. Obwohl die Panitzstraße menschen-
leer war, feuerte diese Art Schutztruppe in der unerhödetsten
Weise. Es fehlte noch, daß Maschinengewehre gegen diese
Panitzstraßenpartisanen aufgeschossen werden. So Fabriziert man
Angriffe, um dann die nicht vorhandenen Angreifer abzuwehren
und man schießt harmlose Passanten über den Haufen. Auch
in der Brunerstraße wurde mittags von den Regierung-
struppen auf harmlose Passanten geschossen. Im Warenhaus
Zandorf hatten sich die Truppen eingemischt.

Die Erbitterung in der Berliner Bevölkerung über das Vor- gehen der Regierungstruppen, die auch mit

Fliegern und Fliegerbomben

arbeiten, ist allgemein; die Wut steigerte sich von Tag zu Tag.
Bei jeder Gelegenheit wurde dem Publikum mit Revolver und
Handgranaten gedroht und zwar von jungen, kaum der Schule
entwachsenen Bürgern im Stadtbild. An verschiedenen
Stellen der Stadt errichteten die Regierungstruppen auf offener
Straße Drohtürme. Auf Requirierte, die sich anboten,
wurden Maschinengewehre gerichtet und blühschnel in Benutzung
genommen. So kam es, daß in der Seestraße zwei Kinder er-
schossen worden sind, auch an anderen Stellen der Stadt sind
Frauen und Kinder erschossen worden. Die Berichterstattung in
der Presse ist so tendenziös gefärbt zugunsten der Regierung-
struppen, daß ein objektives Bild sich niemand machen kann.
Nur wer selbst Augenzeuge war, wie die Koslegarde in diesen
Tagen in Berlin gehandelt hat, hat eine kleine Vorstellung über
diese Garde. Es war nur natürlich, daß auch bei diesen Kämpfen
jene Kreise ihre Ernte machen, die immer dabei sein müssen, wo
es etwas zu holen gibt. Die Zahl der ausgeplünderten
Geschäfte ist enorm hoch. Diese unläuterer Elemente haben
jede Gelegenheit zum Rauben und Plündern benutzt.

Zeitweise waren die vorgenommenen Abperrungen so groß,
daß niemand passieren konnte. So kam es, daß die am Donner-
tag angeordnete Einführung der neu gewählten Stadt-
verordneten in ihr Amt nicht stattfinden konnte, weil die
Stadtverordneten nicht ins Rathaus gelangen konnten.

Von Regierungstruppen geräumt wurde auch das Marinehaus.
An verschiedenen anderen Stellen, wie am Königsplatz, Real-
gymnasium und in Moabit, kam es gleichfalls noch zu Feuer-
kämpfen.

Gestern wurden wiederum

ganze Stadtteile abgesperrt.

In der Nähe der Gormannstraße griffen die Regierung-
struppen an, wo sich auf dem Arbeitsnachweis die Arbeitslosen zur
Abstemmung ihrer Karten befinden müssen.

Gegen Flieger wurden im Laufe des Freitags und
Sonnabends 24 Personen in das Polizeipräsidium eingeliefert.
Zahlreiche andere Personen sind wegen „spartakistischer Umtriebe“
dem außerordentlichen Kriegsgericht zur Aburteilung zugeführt.

In Neuföllin.

Aus Neuföllin wird berichtet, daß die Republikanische
Soldatenwehr in dort wohnenden Kommunisten mit Gewehren
und Handfeuerwaffen bewaffnet habe. Die Truppe gegen vor
das Polizeipräsidium und kündigten hier den Kampf gegen das
Korps Lützow an. Sie eröffneten auf die vor dem Gebäude
stehenden Posten des Regiments 64 das Feuer. Gleichzeitig be-
schleht die Aufständigen, den Oberplatz und sperrten ihn
ab. Das Regiment 64 löste zusammen mit Teilen der 1. Garde-
land-schützenabteilung mehrere Kompanien unter Führung des
Rittmeisters de Reußville nach dem Polizeipräsidium und dem

Der Revolutions-Parteitag.

Die Programm-Debatte.

Wir beginnen heute mit dem durch das Nichterscheinen der „Freiheit“ verzögerten Abdruck des Berichts über den Parteitag der U. S. P. D. Der nachfolgend zum Abdruck gelangende Teil des Berichts enthält die Referate, die zu der Frage der künftigen grundsätzlichen und programmatischen Stellung der Partei gehalten wurden. Sie standen auf hoher geistiger Warte und übten ebenso durch ihre tiefe Sachlichkeit, wie durch die revolutionäre Leidenschaft große Wirkung auf den Parteitag aus.

Die Diskussion über die Referate sowie die sonstigen Debatten des Parteitags werden wir in den nächsten Tagen fortlaufend veröffentlichen.

*
Zweiter Tag, 3. März.
(Nachmittags-Sitzung)

In der Nachmittags-Sitzung nahm Genosse Haase das Wort zu seinem Referat über

„Die Aufgaben der Partei“.

Er führte etwa aus: Eine Neugebaltung der theoretischen Teile unseres Programms wäre unter der gegebenen Verhältnissen schwer, sie scheint aber auch nicht nötig. Was uns unsere Meister gelehrt haben, das gilt auch heute noch. Es kommt heute aber darauf an, die Welt zu begreifen, die um uns ist und sie nach den Interessen des Proletariats neu zu gestalten. Was wir brauchen, ist ein Aktionsprogramm! Genosse Haase verlas dann den folgenden Entwurf eines solchen Programms:

Resolution.

Im November 1918 haben die Arbeiter und Soldaten in Deutschland die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Herrschaft nicht befestigt und die Bourgeoisie nicht überwunden. Die Führer der Rechtssozialisten haben den Kontakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Das Klassenbewußtse, revolutionäre Instinkte erkennen, daß es sich zusammenzuschließen muß, um den Kampf gegen den Kapitalismus zum herrschenden Ende zu führen.

Seine Kampfmittel sind nicht Terror und Mord. Sein Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Der Kapitalismus bedeutet: neuen Krieg, Untergang der Kultur. Nur der Sozialismus kann die Menschheit aus den grauenhaften Zuständen retten, in die sie durch den Imperialismus verursachte Weltkrieg hineingetrieben hat.

Um den Sozialismus durchzuführen, ist aber erforderlich, daß das Proletariat die volle politische Macht erlangt. Das kann nicht geschehen im Verein mit den bürgerlichen Klassen, sondern nur im Kampfe gegen sie. Mehr denn je sind die Vorbedingungen für den Sieg des Proletariats in diesem Kampfe gegeben.

Die nächsten Forderungen der U. S. P. sind folgende:

1. Billige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Errichtung einer Volkswehr aus Personen, die mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre volljährig und gewerkschaftlich organisiert sind. Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaft. Wahl von Soldatenräten für die Überwachung der Verwaltung, Regelung der Beschwerden, Überwachung der Ausbildung, Beschaffung, Kleidung, Wohnung, Unterbringung, der Beurlaubung, des Sanitätswesens. Das Ziel ist die allgemeine Abrüstung.

2. Ausbau des Systems der Arbeiterräte und seiner Verankerung in der Verfassung. Wahl der Arbeiterräte als Vertreter der werktätigen Bevölkerung nach demokratischen Grundsätzen. Periodisches Zusammentreten von Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands zu einem Kongress. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Staats- und Selbstverwaltung. Kontrolle der Behörden. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen und von der gesetzgebenden Versammlung beschlossene Gesetze abzulehnen. Im Falle der Ablehnung entscheidet endgültig eine Volksabstimmung. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Betriebsführung und bei der Durchführung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort in Angriff zu nehmen: in erster Linie auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohle, Wasserkraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochentwickelter Großindustrien. Großgrundbesitz und große Forste sind in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe durch Berechtigung aller technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel sowie Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.

4. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inzerate und Übertragung an die Kommunalverbände.

5. Die den Kriegsverwundten, Waisen und Verletzten gemachten Verpflichtungen sind im vollen Umfange zu erfüllen. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind durch Staat und Gemeinde. Den Wohnungsbedürftigen sind überschüssige Räume der Bestehenden zur Verfügung zu übergeben.

6. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzuheben. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die Ausgaben durch Aufenweise steigende Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuern zu decken.

7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Essentielle Einheitschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jeden Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und Bereitstellung der hier zu erforderlichen Mittel.

8. Wahl aller Behörden und Richter durch das Volk.

9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Arbeiterrepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiterinternationale auf dem Boden einer grundsätzlichen Politik.

Genosse Haase fuhr fort: Das erste Problem, das am 9. November an und beantragt, war das der Beteiligung an der Regierung. Die Teilnahme an der Regierung ward uns nicht leicht. Aber keiner hätte damals anders entscheiden können, als wir es taten. Das ganze Proletariat drängte darauf. Auch solche, die heute an führender Stelle in der kommunistischen Partei wirken, teilten damals unseren Standpunkt. Wir sind ja auch nicht bedingungslos in die Regierung eingegangen. Wie können wir heute vor allem aber von jenen er-

haben werden, die selbst von allem Anfang an feilschend mit den Mehrheitssozialisten in den Arbeiterräten und im Zentralrat zusammengearbeitet haben. Ein Vergnügen war die Mitarbeit im Ministerium nicht für uns. Wenn gefordert worden ist, wir hätten schon bei der Festsetzung des Wahltermins auf den 16. Februar ausweichen müssen, so ist zu bedenken, daß er nur bedingungsweise festgesetzt wurde und der Rätekongress den Termin ja noch früher ansetzte. Unsere Mitarbeit in der Regierung ist ja auch nicht unfruchtbar gewesen. Wir haben zum mindesten gewisse Verbindungen für einen freien politischen Kampf geschaffen: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit usw. Am 23. Dezember haben die drei Rechtssozialisten über unseren Kopf hinweg die schändliche Attacke gegen die Matrosen inszeniert. Uns war es dann zuzuschreiben, daß man nachher einlenkte und daß es zu einer Verständigung mit den Matrosen kam. Auch in der auswärtigen Politik haben wir unsere Pflicht erfüllt. Das Bestreben, sofort die diplomatischen Beziehungen mit Rußland aufzunehmen, ist durch einen Genossen aus Moskau durchkreuzt worden, der erklärte, er wolle mit Freunden nach Deutschland kommen, um in den Gefangenenlagern bolschewistische Propaganda zu treiben. Darauf konnten wir unmöglich eingehen. Hierzu kam die Verhaftung unserer General-Konkurrenz in Rußland. Das führte zu der Forderung, daß die Freilassung vor der Anknüpfung von Beziehungen erfolgen müsse. Als russische Genossen zum Rätekongress eingeladen werden sollten, haben wir uns dafür eingesetzt, daß nicht mit Gewalt der Einfluß des Genossen, der die bolschewistische Propaganda hatte organisieren wollen, verhindert werden soll, sondern daß der Sowjetregierung nur der Rat gegeben werde, ihn nicht zu entsenden. Immer haben wir dafür gewirkt, daß durch Abmachungen mit der russischen Regierung der Abtransport anderer Truppen aus Rußland gesichert werde. Durchgesetzt haben wir es auch, solange wir in der Regierung waren, daß die Grenzschutztruppen lediglich zur Abwehr von Banden und zur Kontrolle des Warenverkehrs verwandt würden. Erst nach unserem Austritt ist es zu jenen blutigen Kämpfen mit den Polen usw. gekommen, wodurch das Eingreifen der Entente provoziert wurde.

Genosse Haase berichtete dann von Veröffentlichungen eines Berliner Mitteilungsblattes über die Verhandlungen innerhalb der damaligen Regierungen über die Stellung zu den Polen. Wichtig wies er darauf hin, wie er (Haase), Breitscheid und Gerlach sich für eine Verständigung bemüht hätten. Neu an diesen Veröffentlichungen sei die Mitteilung, daß Erzberger an den Deutschen Volkstag der Ostmark telegraphiert habe, er möge eine territoriale Streitmacht organisieren. — Gegenüber Angriffen der „Roten Fahne“ legte Genosse Haase auch dar, daß er alles getan habe, um dem französischen Schriftsteller Gilibaut die Durchreise durch Deutschland zu gestatten. Wenn er sie nachher nicht erhalten habe, so treffe dafür die Verantwortung die Rechtssozialisten.

Haase wandte sich dann nachdrücklich gegen die Nichtbeteiligung der Delegierten auf dem Rätekongress bei der Wahl zum Zentralrat. Das habe die Situation außerordentlich verschlechtert.

*
Ueber das
Problem der Demokratie

erklärte Haase, die Rechtssozialisten betonen immer: Wir sind Demokraten. Darum erklären sie nicht mit derselben Energie: Wir sind Sozialisten? Es gab bei uns viele, die von der Nationalversammlung überhaupt nichts wissen wollten. Sie weisen immer auf Rußland hin. Aber gerade die Bolschewiki forderten zu Stenografen Zeiten am energischsten eine kontinuierliche Versammlung. Erst als sie selbst die Macht erlangt hatten, und dann ein solches Parlament nicht erhielten, wie sie es wünschten, da beklagten sie sich zum Rätehimmel. In Rußland lagen oben drein die Verhältnisse vielfach anders als bei uns. Für Deutschland war die Forderung nach einer Nationalversammlung unumgänglich, zumal wenigstens in den ersten Revolutionswochen auch eine Mehrheit der Arbeiter sie verlangte. Die Nationalversammlung bietet sicherlich nicht ein Spiegelbild der Volkstimmung. Beeinflussung, Unwissenheit und vieles andere wirkt dagegen. Hätte man sofort eine kraftvolle Sozialisierung in Angriff genommen, hätte das eine mächtige auflösende Wirkung getan, und das Resultat der Wahlen wäre ein ganz anderes gewesen. Aber die Nationalversammlung ist ein Faktum, man darf nicht ihre Beseitigung fordern. Jedoch sie bedarf einer Ergänzung durch das Rätehimm. Nicht Nationalversammlung oder Rätehimm ist die Frage. Es gilt, beides zu vereinen. Und die Entwicklung geht in dieser Richtung. Zuerst wurde bei den Rechtssozialisten diese Forderung mit Lachen, Hohn und schroffer Ablehnung aufgenommen. Inzwischen hat man einsehen müssen, daß damit nicht durchzukommen sei. Jetzt versucht man es so hinzustellen, als habe man sich immer für die Räte eingesetzt. Genosse Haase zeigt nun an schlagenden Beispielen aus Rundgedrungen der Regierung den Schwandel, der hier getrieben worden sei.

Haase fuhr dann fort: In Braunschweig ist das Rätehimm bereits in die Verfassung eingegliedert worden in einer Weise, wie wir es stets gewünscht haben und für richtig halten. Und in Bayern hat die „Münchener Post“, das führende Blatt der Rechtssozialisten, die Forderung gleichfalls aufgenommen. Das Rätehimm marschiert! Aber die Arbeiter müssen davor gewarnt werden, als ob sie nun nach seiner Durchführung in den Betrieben unter Hinterrückung der Ingenieur- und Leiter alles allein machen könnten. Hier muß an dem russischen Beispiel gelernt werden. Die Festsetzung eines gleichen Lohnes für alle führte dort zu der Sabotage der leitenden Angestellten, und ohne sie war das Proletariat nicht imstande, es sei unmöglich, daß die Arbeiter alles allein machen könnten. Mitwirkung der Arbeiter ist nötig, aber die Arbeiter dürften ihnen nicht dekretieren, das führe zum Zusammenbruch. Den Arbeiterräten muß gegenüber der gesetzgebenden Versammlung auch das Recht der Initiative eingeräumt werden. Der künftigen Entwicklung ist es dann zu überlassen, ob sie die Arbeiterräte auch über diesen Rahmen hinausführen wird.

*
Die Revolution hat dann noch das
Problem der Sozialisierung

aufgeworfen. Das muß aber heißen: Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit. Für eine gewisse Art von Sozialisierung begeistern sich ja auch schon die Kapitalisten. Und in diesem Sinne verkündet auch die neue Regierung eine „Sozialisierung“. Man glaubt schon, bei der Schöpfung von gemischtwirtschaftlichen Betrieben von einer Sozialisierung sprechen zu können, die hauptsächlich auf eine Konzentrierung des Kapitals hinauslaufen würde, so, man will sich schon mit einer „Kontroll“ begnügen. Mit solchem Gaukelespiel wird man aber die Arbeiter nicht täuschen.

Eine wirkliche Sozialisierung wird natürlich zu ihrer vollen Durchführung Jahr a Aufsicht nehmen. Aber Mühseligkeit und revolutionärer Mut müssen sofort den Anfang machen, dort, wo die

Verhältnisse schon reif sind. Auf keinen Fall dürfen dabei natürlich fiskalische Staatsmonopole herauskommen.

Besonders wichtig erscheint auch die Wohnungsfrage. Wenn unter dem alten System die Einquartierung von Soldaten möglich war, dann habe, wir erst erbt die Befugnis, zu fordern, daß den Wohnungsbedürftigen Raum von denjenigen eingeräumt wird, die Räume im Überflusse besitzen.

Genosse Haase erläuterte dann auch noch die anderen Punkte des Aktionsprogramms: Die Steuerfrage, die Frage der Trennung zwischen Kirche und Staat, die Schulreform, die Beseitigung der Klassenjustiz durch Wahl der Richter usw. Die Freiheit sei in Wirklichkeit noch nie so bebrängt worden wie heute. Genosse Haase verwies auf die geschwundenen Verfassungen, die Gausbildungen usw. Eine Pressefreiheit könne es unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht geben. Die Arbeiter könnten die Konkurrenz der kapitalistischen Organe aufhalten, das dürfe natürlich nicht zu einer gewalttätigen Unterdrückung bürgerlicher Blätter führen. Aber kommunale Inzeratenmonopole würden die kapitalistische Presse schon erheblich treffen, ohne daß damit eine Verstaatlichung verbunden wäre.

Für unsere auswärtige Politik, fuhr Haase fort, müssen dieselben Grundsätze gelten wie für den privaten Verkehr. Wenn wir mit der russischen Republik Frieden geschlossen haben, so müssen auch die diplomatischen Beziehungen zu ihr wieder aufgenommen werden. Da erhebt man ein großes Geschrei über den Volksweltismus, eine marktwirtschaftliche Weltlage hegt gegen ihn. Soweit in der russischen Revolution Gerechtigkeit berührt wurden, kann der Bourgeoisie nachgewiesen werden, daß ihre Revolutionen nicht weniger Gerechtigkeit brachten. Dazu kommt die Erbarmungslosigkeit der biereinhalb Kriegsjahre. Tatsächlich fürchtet man auch viel weniger den Volksweltismus als den Sozialismus. Was soll man schließlich zu dem Angebot der deutschen Waffenstillstandskommission an die Entente sagen. Deutschland sei bereit, mit seinen Truppen den Kampf gegen den Volksweltismus zu übernehmen? Das ist jetzt in Weimar bekanntwoorden. Natürlich haben wir in Weimar den schärfsten Widerspruch erhoben, daß wieder deutsches Blut für fremde Interessen, die der baltischen Barone, zum Opfer gebracht werden soll. Man glaubt aber wohl, auf Kosten der Sowjetrepublik sich für den Verlust von Elb-Lothringen, Schlesia und Polen zu entschuldigen. Man möchte wohl auch eine Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung der gesamten Streitmacht. Diese Rüstungen liefern aber wieder der Entente den Vorwand, die Gefangenen zurückzubehalten. Das geht klar aus einem Schreiben Hochs hervor, das jetzt zur Veröffentlichung kommt.

Wir haben klar zu sagen, daß wir mit vielem in der russischen Revolution, mit den Methoden dieser Revolution nicht einverstanden sind. Aber die Berichte sind verworren, und die Hope gegen die Revolution lehnen wir in jedem Falle ab. Auch Hoch hat bekannt, daß oftmals eine nicht notwendige Verbindung in Rußland vor sich gegangen sei. Aber er hebt auch hervor, daß das kulturelle Schaffen Formen annehme, wie nie zuvor in der Weltgeschichte.

Unsere auswärtige Politik wird nur Erfolg haben, wenn die Internationale wieder aufgerichtet wird, und auf solcher Grundlage als bisher. Durch den „Völkerbund“ wird die Internationale nicht überflüssig. An eine wirkliche Abrüstung ist bei ihm nicht zu denken, und die Kolonien bleiben. Erst müssen wir zur Macht kommen, dann können wir den Völkerbund so gestalten, daß er ein wirkliches Instrument der Verständigung wird.

Jede Koalitionsregierung mit dem Bismarckismus muß verworfen werden und ist zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Aber die Massen rufen nach Einigung des Proletariats. Gelingt sie, so stellt das Proletariat endlich auch eine unabweisbare Macht dar. Die U. S. P. ist nie für die Spaltung gewesen. Aber nach den letzten Vorkängen ist eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien weniger möglich denn je. Das Koalitionspolit und Nationalismus, der Ablehnung einer Koalitionsregierung und Internationalismus. — Das sind scharfe Gegensätze. Nur einen Weg gibt es zu einem Zusammenkommen, nämlich den, daß die Arbeiter, die heute noch hinter den Mehrheitssozialisten stehen, sich von ihnen lösen und diese Politik nicht mehr mitmachen. — Ebenso muß sich die Partei gegen den Blanquismus wenden, der von links getrieben wird. Theoretisch erklärt sich auch der Spartakusbund dafür, daß eine kleine Minderheit nicht die Macht über die Mehrheit an sich reißen darf. Aber in der Praxis gewinnt er der Mehrheit seine Taktik, seinen Willen auf. Ein treffendes Beispiel bietet die heutige Nummer der „Roten Fahne“, in der die Fraktion der Kommunisten, also ein kleiner Teil der K. und S.-Räte, über die Köpfe der Mehrheit hinweg den Generalstreik verkündet. Das machen wir nicht mit. (Sehr richtig!)

Unsere Zeit ist groß aller Gezeit, aller Schwäche. Es gilt nur, darauf hinzuwirken, daß die Massen uns folgen. Dann kommt die Diktatur des Proletariats, die uns nicht zu schänden braucht. Das wir bisher hatten, war auch eine Diktatur. — Die Diktatur der Bourgeoisie. Das ist dann kein Widerspruch zu der Demokratie, zu einem neuen Übergang ist die Diktatur des Proletariats unentbehrlich. Dann werden wir Unterdrückung und Ausbeutung beseitigen und den Sozialismus verwirklichen. (Achtjähriger Beifall.)

*
Als Korreferent erhielt sodann Genosse
Dünmig

das Wort. Er teilte zunächst mit, daß die Groß-Berliner Arbeiterräte beschlossen hätten, in den Generalstreik zu treten (Großer Beifall). Er würdigte diesen Beschluß, der auszuführen wäre auf die Wirksamkeit des Rätehimm.

Im weiteren führte er dann aus: Es handelt sich um die Frage: Proletarische oder bürgerlich-liberale Demokratie? Das Rätehimm als Ganzes darf nicht nach den bisherigen Lebensbedingungen der Arbeiterräte beurteilt werden. Das Rätehimm ist die Diktatur des Proletariats, aber auch in seinem Endzustand die höchste verwirklichte Form der Demokratie. Das Rätehimm erwächst aus der Notwendigkeit, Ernst mit der Verwirklichung des Sozialismus zu machen. Wie den bisherigen Partei- und Gewerkschaftsmethoden ist der Sozialismus nicht durchzuführen. Was sich bei uns entwickelt hat, ist nicht eine Nachahmung des russischen Beispiels. Die Räte entwickelten sich notwendig aus der erreichten Stufe der industriellen Entwicklung. Im übrigen kann man sehr viel lernen aus dem, was die russischen Genossen geleistet haben, wenn es sich nicht um eine slavische Nachahmung handeln wird. Das Rätehimm ist im übrigen nicht nur Mittel, sondern auch Ziel der Revolution. Deshalb kann man nicht von vornherein einen festgen Plan für den Ausbau des Rätehimm auf den Tisch legen. Es kann sich höchstens um eine allgemeine Skizzierung handeln. In jedem Falle steht das Rätehimm in höchstem Gegensatz zum Parlamentarismus und zum kapitalistischen Privatbetrieb. Es hat eine politische und eine wirtschaftliche Seite. Es vereinigt in sich zugleich Parlamentarismus und Verwaltung. Dazu bringt es die Sozialisierung durch die proletarischen Kräfte.

Wahlrecht innerhalb des Rätesystems kann natürlich nur ein Proletariat haben, selbstverständlich auch die proletarischen Arbeiter. Ausgeschlossen haben alle parasitären Existenzen. In der Übergangszeit zum Sozialismus müssen die Grenzen der von den politischen Parteien ausgeschlossenen sogar noch enger gezogen werden.

Als Grundlage für das Rätesystem kommt die Arbeitergemeinschaft im Betrieb in Betracht. In jedem Ort werden von den Arbeitern kommunale Arbeiterräte gewählt, um sowohl die Aufgaben des Magistrats und der Gemeindeverwaltung wie auch der Verwaltung (nicht bloß die Kontrolle) in die Hand zu nehmen. Auf den kommunalen Arbeiterräten bauen sich die Bezirksräte auf, und die Bezirksräte finden in einem allgemeinen Rätekongress ihre Spitze. In dessen Spitze tritt ein Zentralrat, dessen Mitglieder ständig tätig sind, oder zweimal dem Kongress zur Wahl zu stehen haben. Der Zentralrat hat zugleich Legislative und Exekutive.

Für die Aufgaben auf ökonomischem Gebiete sind überall Betriebsräte zu wählen, selbstverständlich auch von den Angestellten. Auf ihnen bauen sich die Betriebsräte auf, ihre Spitze wird der volkswirtschaftliche Rat dem auch Nationalökonom, Techniker usw. angehören. Die Betriebsräte haben Hand in Hand mit den Arbeiterräten zu wirken, der politische Zentralrat mit dem volkswirtschaftlichen Rat.

Was aus dem skizzierten Programm gegen das Rätesystem vorgebracht wird, steht im zweiten Teil des Programms, entlastet einerseits mit ganz anderen historischen Bedingungen als wir heute haben. Der Weltkrieg hat dem Proletariat die Notwendigkeit gebracht, den Sozialismus mit neuen Methoden zu erreichen. Nach den Erfahrungen der Nationalversammlung hat sich vollends deutlich gezeigt, daß mit einem „freien Wahlrecht“ nicht weiterzukommen ist. Bei diesem Wahlrecht handelt es sich auch nur um die äußeren Formen der Demokratie. Ohne Monarchie Weichberechtigung kann es auch keine politische geben. Mit dem Wahlrecht ist der Sozialismus höchstens in zwei, dreihundert Jahren zu erwarten. Dazu haben wir aber keine Zeit, denn das Chaos bricht sonst herein. Die Proletarier haben auch keine Zeit mehr, zu warten.

Das Parlament hat immer wieder und in allen Ländern das Proletariat enttäuscht. Solange wir den Kapitalismus haben, werden kapitalistische Tendenzen dort auch überwiegen. Die jetzige Nationalversammlung macht noch einen jämmerlichen Eindruck als der alte Reichstag, und der stand schon auf dem tiefsten Niveau.

Unsere Aufgabe ist es, die revolutionäre gestimmte Arbeiterschaft an uns zu fesseln. Das werden wir aber nicht, wenn wir ihnen immer wieder das Wahlrecht erzählen. Auch die Erhaltung des deutschen Volkes als Ganzes verlangt ein Aufstehen mit einem Parlament, in dem kapitalistische Interessen die Hauptrolle spielen. Wir müssen als bewußt revolutionäre Partei, die Kräfte des Proletariats lebendig zu machen suchen, mit Hilfe des Rätesystems.

Auch Genosse Däumig wandte sich dann gegen jene Art von Sozialisierung, die nur auf die Schaffung der „sozialistischen Fabrik“ u. dergl. hinausläuft. Die Erkenntnis, daß nicht ohne den Kampf der Arbeiter durchzuführen. Man sei im Gegenteil gerade dabei, die Brücke zwischen Hand- und Kopfarbeitern zu schlagen. Aber die Arbeiter mühten auch selbst mit Hand anlegen, anders ginge es nicht. Und die Arbeiterschaft habe genug Anteilnahme, um die notwendigen Aufgaben in die Hand nehmen zu können. Natürlich sei eine ständige weitere Schulung der Arbeiter auch nötig.

Zwischen dem Sozialismus der „Reform-Sozialisten“ und dem feingehaltenen Däumig einen klaren Unterschied sein. Deshalb darf es, so erklärte er, auch nicht bloß heißen: Keine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen, sondern es muß der Satz gelten: Auch keine Koalitionsregierung mit den Rechtssozialisten! Was im November und Dezember geleistet wurde, konnte gar nicht befriedigender sein, weil die Rechtssozialisten nur den Wunsch hatten, möglichst rasch die Revolution zu liquidieren. Damals entstand auch bereits die Hege gegen die Arbeiterräte. Dabei lieferten auch manche Unabhängige den Rechtssozialisten Material. Was Genosse Kautsky damals über die Arbeiterräte und ihre Aufgaben vermittelte, muß energisch zurückgewiesen werden. Seine Darlegungen und auch Worte von Haase werden uns immer wieder um die Ohren geschlagen.

So, wie Haase es hier darstellt, geht es auch nicht. Eine Ergänzung der Demokratie kann das Rätesystem nicht sein. Es gibt nur das eine oder das andere. (Widerspruch, darauf sofortiger Beifall.) Wenn die Anschauung Haases Geltung erhalten soll, so werden viele der besten Parteigenossen abwandern. (Beifall.) Dann kann die U. S. P. nicht die revolutionäre Partei sein, wie sie jetzt nötig ist. Diejenigen, die jetzt von rechts zu der U. S. P. kommen, wünschen auch von der Partei etwas ganz anderes, als sie bisher bei der „alten“ Partei hatten.

Das Rätesystem erscheint auch geeignet, die Einigung des Proletariats zu fördern. Für die gemeinsamen revolutionär-proletarischen Interessen, die sich durch das Rätesystem selbst den Nebelstreifen auszuweisen. Das ist natürlich ein langamer Prozeß. Aber er hat beispielsweise schon in Berlin gute Fortschritte gezeigt. Die Abschaffung der Klassen geht mit Rücksicht auf den Kampf. Wenn wir die Zeichen der Zeit nicht achten, wird die kommunistische Partei das große Referat der Klassen werden.

Genosse Däumig erklärt, daß ihn von der Forderung der Kommunisten „Alle Macht den Arbeiterräten“ nichts trenne. Aber er müsse sich gegen den praktisch getriebenen Ruf nach Sozialismus der Partei wenden und gegen den Opportunismus, der gegenüber den Massen geübt werde, statt sie zu schulen. Nicht ein partiellisiertes, verzeiteltes Vorgehen könne vorwärts führen.

Genosse Däumig ging dann auf die Ereignisse der ersten Wochen nach der Revolution ein. Er kritisierte sofort die Vereinnahmung an der Regierung. In der Situation am 9. November hätte es unter Umständen notwendig erscheinen können, in die Regierung einzutreten. Aber man hätte dann wenigstens ein Minimalprogramm vereinbaren sollen. Auch der Volksgesetz habe dann das Zielgewinn der Partei mit herumschleppen müssen. Dabei hätte dann natürlich nichts Erpressliches herauskommen können. Nach dem Sturzvergehen am 8. Dezember hätte das Bündnis mit der Regierung in jedem Falle gelöst werden müssen. Radikalisch betonte Däumig, daß bei härterer Unterstützung durch die Regierung auch der Volksgesetz mehr geleistet haben würde. Aber die Regierung sei gegen die Auflösung des Stabs Requiris gemessen, das liegt in den Reichswehr-Garden weiterleide. Die Nichtbeteiligung an den Wahlen verteilte Däumig. Haase hätte damals die Pflicht gehabt, Wert härter auf den Fuß zu treten. Wie die Dinge sich damals gestalteten, hätte der Zentralrat nur ein Dekonstruktionsparlament bilden können. Ein Abgelenken der rechtssozialistischen oder sozialistischen Mitglieder im Zentralrat gegen Scheidemann usw. wäre nicht zu erwarten gewesen. (Widerstrebender Widerspruch Haases und Dittmanns.)

Genosse Däumig ging dann auf die neue Einberufung des Rätekongresses ein. Nachdem der Zentralrat zugunsten der Nationalversammlung abgedankt hatte, sollte er auch sein Recht mehr zur Einberufung des Rätekongresses. Als man sah, wie die Entwicklung lief, hat schließlich Herr Cohen-Reuß sehr prägnant wieder erklärt, man nehme wieder die Pflicht an sich. Dabei haben sich ganz neue Verhältnisse ergeben. Wären gegenüber nicht so festzustellen, daß es auch mit den Rechtssozialisten keine Koalitionsregierung geben darf. (Haase: Es läßt sich darauf an, ob unsere Bedingungen akzeptiert werden.) In München und Braunschweig wird der jetzige Zustand, der aus der Not der Stunde heraus geboren wurde, auch sehr bald wieder vorübergehen. Echarfen Protest erhob Däumig gegen die vom Zentralrat beabsichtigte Verleihung des Wahlrechts zum neuen Rätekongress. Dazumal dürfte nicht eingezogen werden. (Zustimmung.)

Der Resolution Haases gegenüber unterbreitete Däumig der Versammlung eine andere Entschlüsse, in der es heißt:

„Der Parteitag wolle beschließen:
Der imperialistische Weltkrieg hat die kapitalistische Wirtschaftsförderung dem Vorkriegsstand entgegengesetzt, die materiellen und geistigen Kulturgüter nahezu vernichtet und den Völkern, vor allem dem Proletariat, unerträgliche Opfer an Gut und Blut auferlegt.“

Die Proletariatsmassen lernen mehr und mehr erkennen, daß eine Errettung aus der Katastrophe nicht mit den alten kapitalistischen Methoden in Wirtschaft und Politik erreicht werden kann. Einzig und allein die schnelle Verwirklichung des Sozialismus kann zur Wiederaufrichtung des gesamten Kulturlebens der Menschheit führen.

In Deutschland haben die Proletarier in der Novemberrevolution die imperialistische Gewalttätigkeit beseitigt. Die Mächte des Kapitals und der Reaktion sind aber noch lebendig und wollen das Proletariat auch weiter entreißen und ausbeuten.

Das Proletariat hat erkannt, daß mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie keine volle politische Freiheit errungen, in der Zusammenarbeit mit Kleinbürgertum und Bourgeoisie der Sozialismus nicht in die Tat umgesetzt werden kann.

Der Verlauf der Revolution hat dem Proletariat gelehrt, daß sein Befreiungskampf von ihm allein und nur mit einer proletarischen Kampforganisation geführt werden kann.

Die proletarische Revolution hat sich in den Arbeiter- und Soldatenräten solche Kampforganisationen geschaffen. Sie allein können die Proletariatsmassen zusammenschließen, nur mit diesen Organisationen ist eine Sozialisierung durchzuführen, sie allein können der Unerschütterlichkeit der bürgerlichen Parlamentarismus ein Ende machen, den reaktionären Verwaltungsapparat des alten Christlichkaiserlichen Reiches und das Selbstverwaltungsrecht des Proletariats in den Betrieben und den Verwaltungsvorgeschäften garantieren.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie stellt der liberal-bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie entgegen und unterstützt die Arbeiterräte in allen ihren Forderungen, die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen zu verankern. Der Parteitag ist überzeugt, daß die Einigung des Proletariats, der letzte Kampf um die politische Macht und die Verwirklichung des Sozialismus nur durch die Institutionen der Arbeiterräte durchgeführt werden können.

Der Parteitag beauftragt daher die Parteileitung, sofort die Ausarbeitung eines Programms in die Wege zu leiten, das der Partei die Mittel an gibt für den sofortigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und sich aufbaut auf der proletarischen Demokratie, die sich in den Arbeiterräten verkörpert.

Solange die Proletariatsmassen noch nicht geschlossen für eine Errettung der Diktatur des Proletariats gewonnen sind, hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands alles zu tun, die revolutionären Rechte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu verteidigen und zu erweitern.“

Däumig schloß: Möge der Revolutionsparteitag durch die Tat beweisen, daß es ihm ernst ist mit der Forderung: Die Befreiung des Proletariats kann nur die Sache des Proletariats selbst sein. (Starker Beifall.)

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde dann die Sitzung auf Dienstag morgen vertagt.

Dritter Tag, 4. März.

Genosse Brühl eröffnete die Sitzung mit Mitteilungen über den Anbruch des Generalstreiks.

Auf Antrag des Genossen Traß wurde darauf eine Kommission gewählt, um zu versuchen, die Resolutionen Haase und Däumig zu vereinen.

Sodann nahm Genosse Kautsky zu seinem Referat über die Berner Konferenz

das Wort. Er wies einleitend darauf hin, daß eigentlich Kurt Eisner hätte an seiner Stelle berichten sollen. Mit warmen Worten würdigte er den Genossen. Gerade Bern habe Gelegenheit gegeben, ihn in seinen glänzenden Eigenschaften kennen zu lernen.

Kautsky fingerte darauf das äußerste Gerippe der Konferenz: Die Anregung ging von den Engländern aus. Die Verschiedenheiten sollten endlich behoben. Es sollte festgestellt werden, ob es bereits möglich sei, die Internationale wieder in Gang zu bringen. Die deutschen Delegierten waren Kautsky, Jaedel, Haase, Eisner, zu denen dann später auch noch Dersfeld trat. In Vorverhandlungen wurden drei Kommissionen eingesetzt, eine, um den internationalen Arbeiterschuh zu behandeln, eine zweite, um über den Völkerverbund zu beraten, die dritte zur Behandlung der territorialen Fragen. In den eigentlichen Verhandlungen wurden dann noch Kommissionen für die Schuldfrage und für die Behandlung der Frage: Diktatur oder Demokratie gebildet. Beschlossen wurde, die nächste eigentliche internationale Konferenz möglichst im August in Amsterdam stattfinden zu lassen. Auch eine permanente Kommission und eine Kommission zur Beobachtung der Friedensverhandlungen in Paris wurde gewählt und schließlich auch eine Kommission zum Besuch Russlands.

Die Internationale wurde durch den Krieg zerrissen. Innere Gegensätze spalteten sie. Dreierlei Auffassungen standen sich gegenüber: Die eine verlangte in jedem Falle die Verweigerung der Kredite gegenüber bürgerlichen Regierungen, die zweite forderte ein geschlossenes Ausreten der Internationale gegen die am Krieg schuldige Regierung, die dritte Auffassung proklamierte, daß jede Partei zu ihrem Volke stehen, d. h. ihre Regierung unterstützen müsse. Diese Auffassung wurde nur von den deutschen Rechtssozialisten vertreten, die überließ den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht allgemein anerkannt werden wollten. Schon diese Haltung machte eine internationale Konferenz unmöglich. Auf Anregung der russischen Genossen kam aber während des Krieges die Zimmerwalder Konferenz zustande, die alle grundsätzlichen Sozialisten vereinigt. Aber es gab auf dieser Konferenz zwei Richtungen unter der Führung der Menschewik, die eine wollte aus der Zimmerwalder einen Erfolg für die alte Internationale machen. Die Menschewik wollten nur den Zusammenschluß der Kreditbeweiger; sie wollten eine neue in Gegenfah zur alten Internationale. Als jetzt die Berner Konferenz berufen wurde, zeigte sich, daß die große Mehrheit der Parteien von Zimmerwald sich für die Teilnahme entschieden hatte, also sich nicht im Gegensatz zu der alten Internationale stehend schloßen. Fern blieben nur fünf Nationen: Die Belgier kamen nicht aus ihrer Erbitterung über die deutschen Gravel heraus. Es ist aber sehr zu erwarten, daß bei der nächsten Konferenz die Belgier dabei sein werden. Gewollten waren die Schweizer Beitreibungen, den ablehnenden Beschluß zu erwidern, sind auch hier vorhanden. Die Italiener hatten schon Delegierte gewählt. Nur unter dem Eindruck der Schweizer Stellungnahme verzögerten sie auf ihre Entsendung. Über die Gründe des Fernbleibens der Rumänen und Bulgaren ist nichts bekannt.

Frage des Völkerverbundes

galt es, die spezielle sozialistische Auffassung dazu zum Ausdruck zu bringen. Der Völkerverbund kann nur wirklich etwas leisten, wenn der Kapitalismus verschwindet und das Proletariat zur Macht gelangt. Eine Resolution, die das feststellte, wurde angenommen. Der Völkerverbund muß wirklich ein Bund der Völkern werden, und darf nicht ein bloßer Bund der Regierungen sein. Auch diese Forderung wurde aufgestellt.

Ein Streit entspann sich in der Kommission darüber, wie die Errettung zu gestalten, wie das neue Meer aufzubauen sei.

Die Deutschen forderten die allgemeine Volkswirtschaft, nicht die Bildung eines Werbe- oder Freiwilligenheeres, was auf eine bloße Bewaffnung der regierungstreuen Elemente hinauslaufen könnte. Dem Iraten die Engländer entgegen, weil sie Gegner der allgemeinen Wehrpflicht sind. Man einigte sich schließlich auf die Forderung eines Werbeheeres mit besonderen Aufnahmebedingungen, und dafür formen, daß nur zuverlässige Proletarier aufgenommen finden, unter gleichzeitiger Befreiung der alten Kommandogewalt. Wichtig war noch die Regelung der Rostofffrage. Hier haben manche Staaten tatsächlich Monopole. Als Aufgabe des Völkerverbundes wurde also auch die internationale Bewirtschaftung der Rostoffquellen beschlossen. Damit war eigentlich auch über die Frage der Kolonien entschieden. Die Menschewik wollten verlangen ganz nach nationalem Mutterlandgedanke die deutschen Kolonien an Deutschland. Ihre Forderung überließ an dem Widerspruch der Konferenz, die internationale Bewirtschaftung sämtlicher Kolonien verlangte.

Die Konferenz war sich einig darüber, daß, soweit möglich, der

Grundgedanke des Selbstbestimmungsrechtes

unverfälscht zur Geltung gelange. Eine Resolution formulierte auch hier die sozialistische Stellung. In der Diskussion ergaben sich fast nirgends Gegenläufe; nur zwischen den Menschewik und den deutschbolschewistischen Genossen ergab sich ein solcher; die Menschewik blieben mit dem nationalistischen Fortkommen aber ganz allein. Die deutschen Bolschewiker hatten die Geschlossenheit bezogen, Volkswirtschaft für Maß-Beziehungen zu verlangen. Das erregte allgemeinen Widerspruch. Ihnen wurde von mir entgegengesetzt, daß sie während des ganzen Krieges eine Volkswirtschaft abgelehnt hätten. Nur die Unabhängigen hätten ein Recht, diese Forderung aufzustellen, und sie wünschten allerdings auch eine Volkswirtschaft. Es ist notwendig, daß auch dem deutschen Volke ungewöhnlich festgehalten wird, wie die effiziente Bevölkerung denkt. Den alldeutschen Sozialisten muß der Wind aus dem Segel genommen werden. Die effiziente Front muß ein für allemal geordnet werden. Schließlich war Rollenbahn vorläufig festgelegt. Keine Resolution wieder zurückzugeben. Einigen wurde die effiziente Frage noch einmal, als Oberst zum Präsidenten gewählt worden war und Bloch als deutsches Land erklärt hatte. Ich sah mich veranlaßt, auf die unratige Provokation hinzuweisen, die in der Wahl Oberts wie in seinen Worten ja tatsächlich lag.

Die Erörterung wurde

die Schuldfrage.

Die innere Politik der Menschewiker fand in Bern nicht zur Debatte. Es galt aber, sie zu dem Eingeständnis zu bringen, daß ihre Krisenpolitik ganz verfehlt gewesen sei. Aber auch denen um Renardel durfte nicht allzu sehr Recht gegeben werden. Eine Erklärung, wie sie der Kongress wünschte, war den Menschewikern nicht abzutreiben. Sie gaben nur eine verklausulierte Erklärung ab. Immerhin versprochen sie, von jetzt an in revolutionärem Sinne zu wirken. Das ließ zwar auf Vertrauen, aber man erklärte, zu den deutschen Massen Zustimmung zu haben und sich deshalb begnügen zu wollen. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der manches Richtige gesagt wird. Der Schwerpunkt aber lag in den Debatte. Bei ihnen hatte wieder die Menschewiker einen Sieg. Seine Resolution zugunsten der Kriegsgefangenen war von Renardel nicht unterzeichnet, das gab ihr ihre besondere Bedeutung. Einmütig wurde sie angenommen. Eine Resolution der Menschewiker, die nur vom deutschen Standpunkt aus sprach, verteilte dem Papierkorb. Während waren Eisners Heber über die Schuldfrage, und tief war ihr Eindruck, auch auf bürgerliche Hörer. Die Menschewiker fielen demgegenüber flüchtig ab. Das Eisner gegen das deutsche Volk gehabt hätte, in eine lächerliche Lage. Dazwischen zitierten Engländer und Franzosen wiederholt, nichts erwiderte ihnen ein Entsetzen für das deutsche Volk mehr als die Haltung der Scheidemann und Genossen. Die Verleumdung hat freilich Eisners Darlegungen vielfach verfälscht. Sie ist dadurch mitschuldig geworden an diesem Misere.

Großes Interesse fand auf der Konferenz die Frage:

Demokratie oder Diktatur?

Freilich war die Konferenz gar nicht mehr in der Lage, das Problem zu erörtern. Die Frage wurde einer Kommission zugewiesen, der auch Eisner angehörte. Sein eigenes Werk war die Schaffung der Endresolution, der eine Resolution Friedrich Adler-Louquet gegenüberstand, die auch von dem Gen Herzfeld unterzeichnet war. Die Resolution Eisner erklärte sich entschieden für die Demokratie, Freiheit der Rede und Schrift, allgemeines Wahlrecht usw., für eine entschlossene Sozialisierung unter Kontrolle der Demokratie, unter Ablehnung einer Diktatur des Proletariats, die zum Bürgerkrieg führen müsse. Sie wandte sich gegen die Ausschließung des Sozialismus durch die kapitalistischen Menschewiker, die sich statt dessen ihre eigenen Verantwortung bewußt sein sollten, und forderte die Eröffnung einer Studienkommission nach Russland. Die Resolution Adler lehnte jede Brandmarkung der Zustände in der Sowjet-Republik ab, unter Hinweis auf die mangelhafte Verleumdung über Russland. Die Eisnersche Resolution wurde abgelehnt, und die Berner Konferenz als sehr unzulänglicher Versuch zur internationalen Verhandlung erklärt.

Kautsky legte dar, weshalb er sich nicht habe entschließen können, für die Resolution Adler zu stimmen, zumal die Eisnersche Resolution keinerlei Brandmarkung der Sowjet-Republik enthalte und auch der Entente keinen Vorwand zur Intervention gegeben hätte. Eine offene Stellung gegenüber der Diktatur sei nötig gewesen. Durch Einseitigkeit hätte man die Menschewik auch nicht für die Internationale gewonnen. Die Menschewik seien keine Dogmatiker, wie ihre ganze Politik beweise. Die Internationale werde ihnen nur imponieren, wenn sie ein Recht repräsentieren. Diese zu schaffen, wäre die Aufgabe, um die Menschewik zum Anschluß an die Internationale zu gewinnen.

Das Rätesystem, erklärte Kautsky, kann sowohl im Bereich der Demokratie wie im Sinne der Diktatur Anwendung finden. Deshalb ist von ihm in der Resolution nicht besonders die Rede. Gegen das, was Däumig anbrachte, ließe sich wohl vieles sagen, aber es würde jetzt zu weit führen, darauf einzugehen.

In Bern habe sich gezeigt, daß die Internationale wieder entstanden ist. Es gab dort eine Linke und eine Rechte, aber keine nationalen Gegenläufe. Die Linke war geschlossen, die Rechte gesplittert, und nach allem, was man hörte, wird sie weiter wachsen auf Kosten der Rechten. Besonders in England vollzieht sich in der Arbeiterschaft ein gewaltiger Umschwung. Die letzten Wahlen gingen zwar noch unter dem Einfluß der Kriegshysterie vor sich, aber inzwischen geht die Radikalisierung rasch vorwärts. Es bilden sich Arbeiterräte, und es ist zu erwarten, daß es in England, wenn auch anders als bei uns, zu einer Umwälzung kommt. Das wird aber von allergrößter Bedeutung sein, denn in England ist der Kapitalismus viel höher entwickelt als bei uns, der Sozialismus wird dort viel mehr leisten können als bei uns. Das wird auch die Propaganda für den Sozialismus in der Welt gewaltig stärken. Das sozialistische England wird dann auch uns Entlastung und Hilfe bringen. So haben wir den Sieg des Sozialismus in England als wichtige praktische Frage für uns zu betrachten. Um so wichtiger sind die internationalen Beziehungen, um so wichtiger ist es, daß wir eine Haltung einnehmen, die ihnen förderlich ist. Dann wird uns der nächste internationale Kongress sicherlich wieder einen großen Schritt weiter vorwärts bringen. (Widerstrebender Beifall.)

Es wurde beschlossen, sofort der

Genossin Zetlin als Korreferentin

zu dem Referat Kautskys das Wort zu geben.
Genossin Zetlin führte etwa aus: Bis jetzt hat es der Politik der U. S. P. an Energie und Klarheit gefehlt. Schon während des Krieges stand diese Politik im Zeichen der Unsicherheit und Schwäche. Zur Frage der Landesvertretung wurde keine klare Stellung genommen. Die Friedenspolitik der U. S. P. war viel zu sehr darauf gerichtet, eine Verständigung zwischen den Regierungen herbeizuführen, statt eine gemeinsame Aktion des Proletariats.

Nach Ausbruch der Revolution

wurde ebenfalls zu wenig Wert gelegt auf die Aktion der Massen. Dafür pallierte man mit den Rechtssozialisten, die den revolutionären Sozialismus über Bord geworfen hatten. Es war eine Illusion, zu meinen, die Ebert, Scheidemann usw. würden ihre frühere Haltung aufgeben, weil einige Unabhängige mit ihnen in die Regierung traten. Die Regierungspolitik wurde dann auch nicht von den Mitgliedern der U. S. P. bestimmt, sie hand von vornherein im Zeichen des verbürgerlichen Rechtssozialismus: Statt sofort den Kampf gegen das Privateigentum auf der ganzen Linie aufzunehmen, beschwor man zur Ordnung und warnte vor Streiks, was dem Kapitalismus zugute kommen mußte. (Verfall der Sozialisierung wurde nicht als Frage der politischen Macht aufgefaßt, sondern in erster Linie als Frage der Überwindung wirtschaftlicher und technischer Schwierigkeiten; so übermies man ihre Vorbereitung einer Kommission. Man meinte, es müsse zuerst gehen, die Produktion zu leben. Es handelt sich aber hier um einen Mißfall in die bürgerliche Ökonomie. Die Produktion ist der Mensch wegen da, nicht umgekehrt, und deshalb hat in erster Linie zu stehen, welche Produktionsweise eingeschlagen werden soll. Eine sozialistische Produktion würde die Lähmung der Produktionskräfte viel besser überwinden können als die kapitalistische es vermag. Gewiß, die sozialistische Wirtschaft kann nicht sofort und in aller Vollkommenheit durchgeführt werden. Es wird Experimente und Fehler geben müssen. Aber das liegt an der bösen Erbschaft, die der Kapitalismus hinterließ. Nicht gelehrte Kommissionen, nur die Praxis selbst kann hier weiter führen. Deshalb mußte es heißen: Im Anfang sei die Tat!

Auch wenn der Zentralrat nach dem Rückgang eine Mehrheit für die unabhängigen Mitglieder des Kabinetts ergeben hätte, so wären im Lande doch die gleichen Mehrheitsverhältnisse geblieben. Dann wäre es also auch nach dem Willen Coates und Dittmanns zu einer Diktatur gekommen — tatsächlich waren U. S. P.-Mitglieder der Regierung die Gefangenen der Rechtssozialisten. Auf die Massen aber mußte dieses Regiment täuschend wirken. Dadurch wurde bei ihnen die Aufregung gestillt, die verbürgerliche Politik der Mehrheitsleiter könne doch nicht ganz so schlecht sein. Die Angehörigen der U. S. P. im Kabinett wurden auch entschuldigend daran, daß der Verwaltungssparat nicht grundsätzlich umgestaltet wurde. So wurde eine gegenrevolutionäre Macht im Staate erhalten. Hier hätten die Mäße mehr herangezogen werden müssen. (Dafür: Wenn wir nicht in der Regierung gewesen wären, wäre es noch viel schlimmer geworden!) Die Unabhängigen im Kabinett aber mit dazu beigetragen, daß die Radikalisierung der U- und S-Mäße behindert, daß der Zentralrat zu einer wesentlich veraltenden Körperlichkeit herabgedrückt wurde.

Die Nationalversammlung

kann kein Werkzeug der Befreiung des Proletariats sein. Die Fragestellung: Demokratie oder Diktatur? ist falsch. Es muß heißen: Hier die bürgerliche, formale, blutlose Demokratie, dort die sozialistische, lebendige, wirkliche Demokratie des Proletariats; oder auch: hier die Diktatur des Bürgerrechts, dort die Diktatur des Proletariats. Indem die U. S. P. darauf verzichtete, den Weg für die Demokratie des Proletariats freizumachen, machte sie sich mit schuldhaft an der bürgerlichen Diktatur, die wir jetzt haben. Die Diktatur des Proletariats kann immer nur eine vorübergehende Erscheinung sein, weil sie immer befehrt sein muß, die Grundlagen für sich selbst, das kapitalistische System zu beseitigen. Sie ist die Wegbahn zur vollen Demokratie, die auf einer Beseitigung auch der wirtschaftlichen Vorrechte beruht.

Genossin Zetlin setzte sich, dann nachdrücklich ein für eine Aufnahme der Beschlüssen zur russischen Republik,

gang gleich, ob die vorliegenden Methoden diesem oder jenem Theoretiker nicht zusagten. Die Tatsache, daß die Räterepublik bereits solange lebendig wirkt, sei der beste Beweis dafür, daß es sich nicht bloß um ein Willkürregiment handeln könne, auf die Macht der Diktatur gestützt. Auch hier habe die Regierung einschließlich der U. S. P.-Mitglieder nicht ihre Pflicht getan. Die russische Regierung hätte aufgefordert werden müssen, einen anderen als den nicht gewählten Vertreter zu entsenden, und bei Ablehnung hätte man an die Öffentlichkeit appellieren müssen. Warum die von der russischen Regierung gesandten 30 Wagners Getreide zurückgewiesen worden, da als ein Ausdruck brüderlicher Gesinnung gesandt gewesen wären? (Dafür: Mit welchem Gesichtszeichen haben wir die Sendung zurückgewiesen? Wir haben auf Russlands eigene Not verwiesen.) Genossin Zetlin: Es ist oft brüderlicher den letzten Erbsen eines Armen anzunehmen, als ihn zurückzuweisen. (Starker Beifall.) Genossin Zetlin kritisierte auch die Ablehnungen des Empfangs russischer Gelder ganz egal, ob man sie offiziell erhalten habe, man hätte nicht so tun dürfen, als ob die Annahme solcher Gelder etwas Unwürdiges gewesen wäre.

Darauf wandte sich Genossin Zetlin gegen die Teilnahme an den

Verhandlungen in Stockholm und Bern.

die trotz Zimmerwald erfolgt sei. Wohl wäre es nötig, möglichst bald wieder die internationalen Fäden anzuknüpfen, aber es läge auf der Grundlage einer neuen Internationale an. Wenn wäre eine Konferenz aller gemeiner Ständenvergebung gewesen. Man habe in der Hauptsache konjugiert: Ich bin ein Sänder, du bist ein Sänder usw., und so habe man geglaubt, die Internationale wieder herzustellen zu können. (Beifall.)

Die alte Internationale sei in Schmach und Schande geheren, sie könne nicht wieder belebt werden, eine neue sei nötig. Solange Sozialisten noch die Kriegspolitik ihrer Regierungen hielten, sei mit ihnen eine Vereinigung unmöglich. Der Kampf des revolutionären Proletariats zur Überwindung des Kapitalismus müsse die Grundlage der neuen Internationale bilden. Ein Zusammenwirken mit den deutschen Rechtssozialisten hätte schon wegen ihrer Autokratie nach der Revolution ausgeschlossen sein müssen. Der Wiederaufbau einer Internationale der Tat sei durch Bern geradezu gehindert worden, indem man dort die Massen getäuscht habe. Man habe es vermieden, einen scharfen Strich gegenüber den Rechtssozialisten zu ziehen, und damit bewirkt gewirkt.

Aus dem Nationalitätenbund Wilsons werde auch nie der künftige Völkerbund herausgemacht werden. Auch das habe man nicht scharf zum Ausdruck gebracht. Man habe mehr Glauben an Wilson als an Karl Marx gezeigt.

Erst recht müsse die scharfe Trennung zwischen gegenüber den Bolschewiki verurteilt werden. Kautsky habe seinen Einfluß in Bern mißbraucht um gegen die Bolschewiki aufzutreten. Die Ablehnung der Resolution Adler sei eine Provokation gegenüber den Bolschewiki gewesen, die andere Resolution werde ihnen nicht gerecht.

Das Wort der Zimmerwalder Konferenz

laßt Genossin Zetlin fort, muß fortgesetzt werden. Das ist um so notwendiger, weil wir nur durch die Weltrevolution aus der

gegenwärtigen unmenschlichen Verunsicherung kommen. Der gute Friede für Deutschland kann nur durch sie kommen. Dazu ist es nötig, daß wir hier in Deutschland mit aller Kraft die Revolution weiterführen. Die Politik der U. S. P. in ihrer bisherigen Art ist dazu nicht geeignet. Man darf das nicht bloß den Führern zur Last legen. Jede Partei hat die Führung, die sie verdient. Die U. S. P. ist ein Abfallprodukt von dem Auflösungsprozeß der alten Sozialdemokratie, und deshalb erblich belastet. Sie trägt in sich die alten Gegensätze zwischen Reformismus und Revolutionismus. Das läßt ihre Aktion. Scheidemann meinte im „Sozialisten“, von den Kommunisten trennt die Partei ein Prinzip, von den Mehrheitsleitern nur das Tempo und eine Methode. Das ist etwas ganz anderes als was die revolutionäre Richtung fordert. Die Gegensätze in der Partei können nicht ausgeglichen werden durch irgendeine Resolution. Ein scharfer trennender Strich zwischen rechts und links ist nötig. Sonst haben wir denselben unheimlichen Kampf wie in der alten Partei wieder. Die von der Geschichte gerichtete Auffassung dieser Partei wirkt noch nach in der U. S. P.

Genossin Zetlin erklärte, sie würde vor einer schweren persönlichen Entscheidung. Aber sie könne nicht anders. Für sie sei ein weiteres Zusammengehen mit der U. S. P. bei Verbleiben der bisherigen Mehrheit unmöglich. Sie wolle dort stehen, wo die Zukunft sei, nicht dort, wo der geschichtliche Tod warte. Es gelte die Schicksalsfrage: Trennung von den Elementen, die noch mit den Rechtssozialisten zu positiveren gewirkt sind. Es könne nur ein Haben oder Drüben geben. Man glaube, die Revolution einzufangen zu können. Aber sie sei lebendiger als sie. Die Lohnbewegungen würden zu revolutionären Kampfhandlungen, eine ganz neue Phase der Massen zeige sich. Es sei nun die Aufgabe, richtungsgewandelt zu wirken. Voraussetzung dafür sei aber die Klarheit der Idee, die zugleich Macht der Idee bedeute. Dann werde die Theorie Gewalt werden, indem sie die Massen ergreife. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vollversammlung der Berliner Arbeitererräte.

Die Vollversammlung war gestern, Sonnabend nachmittag, zusammengetreten, um über die Fortsetzung oder Beendigung des Streiks Beschluß zu fassen. Dieser Beschluß sollte erst gefaßt werden, wenn die Antwort auf die am Vortage aufgestellten Forderungen eingetroffen war. Die Kommission, die darüber mit Roske verhandelt hatte, war bei Eröffnung der Sitzung noch nicht zurück. Man trat deswegen zunächst in die allgemeine Besprechung der Lage ein.

Rüller kommt auf die heftigen Angriffe zu sprechen, die am vorhergehenden Tage gegen ihn wegen seiner Stellungnahme gerichtet worden waren und sagt: Wenn wir die Lage überblicken, können wir zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß der Streik abgebrochen werden muß. Er ist nicht mehr zu halten. Die Plakate und das Flugblatt der Fraktion der S. P. D. haben ihre Wirkung getan. Weht eine große Partei so fort,

dann ist der Streik nicht mehr zu halten.

Und das müssen wir offen ansprechen. (Große Unruhe.) Wir müssen uns unserer Verantwortung bewußt sein. Feststellen möchte ich aber ausdrücklich, daß von der S. P. D.

der Streikbruch schon am Mittwoch beschließen

worden ist. Dazu kommt die Befehung der Werke durch die Regierungskorps und nicht zuletzt der Anruf der Gewerkschaften. Das hat der Streik unterwühlt. (Stürmisches Plail.) Deshalb ist es richtiger, wir werden den Streik in aller Geheuerheit ab, geben geschlossen an die Arbeit, um zu gegebener Zeit den Kampf erneut aufzunehmen. Aber wir werden uns dann die Lehren dieses Streiks zu nutze machen.

Wir hatten an die Wiederaufnahme der Arbeit folgende fünf Forderungen gestellt:

- 1. Es sollen aus Anlaß des Streiks keine Maßregelungen stattfinden
- 2. Die wegen des Streiks Verhafteten sollen sofort auf freien Fuß gesetzt werden.
- 3. Die militärische Besetzung der Betriebe wird zurückgezogen.
- 4. Die Freiwilligen-Verbände sind aus Berlin zurückzuführen und
- 5. Der Belagerungszustand und die Standgerichte werden sofort aufgehoben.

Auf ein Telefongespräch mit Scheidemann ist uns geantwortet worden: Die Regierung wird in den ihr unterstellten Betrieben keine Maßregelungen vornehmen und auf die privaten Unternehmungen einwirken, daß auch dort keine Maßregelungen stattfinden. Maßnahmen wegen der Verhafteten sind Angelegenheit der Gerichte bzw. der preussischen Regierung. Ueber die Aufhebung der Betriebe muß mit Roske verhandelt werden. Die Freiwilligenkorps können unmöglich vor Wiederkehr geordneter Verhältnisse zurückgezogen werden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist Sache der preussischen Regierung.

Die Verhandlungen mit Roske scheinen sich sehr schwierig zu gestalten. Das liegt jedoch nicht an unseren Forderungen. Ausdrücklich betonen möchte ich, daß der Streik nicht in Verbindung mit den militärischen Vorgängen steht. Diese sind ganz und gar eine Angelegenheit der Truppen unter sich.

Rüller bringt dann drei Anträge zur Verlesung. In diesen wird gefordert:

- 1. Der Generalstreik wird bis zur Zurückziehung der Freiwilligenkorps aus Berlin fortgesetzt.
- 2. Die Mitglieder der Vollversammlung genießen volle Immunität wie Parlamentarier.
- 3. Bis zur Auflösung der Freiwilligenkorps ist die Steuerzahlung zu verweigern.

In der anschließenden Debatte führt K. Brecht (U. S. P.) aus: Das Verhalten der S. P. D. steht im schroffen Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Grundfäden. Wenn man das Ansehen der Mäße heben will, darf man nicht so verfahren. Das Ansehen für den deutschen Arbeiter ist, daß er nicht richtig lesen kann. Daher nur kommt es, daß er immer wieder auf den Schwindel, der auf Plakate, und den Flugblättern verbreitet wird, hereinfällt. (Unruhe.) Ich komme doch nicht mit eurer Sentimentalität. Habt ihr an die Säuglinge und Kinder gedacht während des Krieges? Sagt mir, was dem Volke, daß ihr

während Säuglinge und Kinder verhungerten, das Durchhalten verweigert!

Sagt, daß ihr neun Kriegsanleihen bewilligt habt und ruhig anderwärts Millionen Silber und Bräuer machen liebet. Wo denn das euer menschliches Empfinden? Unser Beschluß ist doch nur als äußerstes Mittel vorgeschlagen worden, um dem erneuten Vorhaben der Freigarden Einhalt zu gebieten. Wahrscheinlich, die Weisgeborenen sollten lieber die dringend nötige Landarbeit verrichten, die der ungeübte Städter nicht leisten kann. Es hätte euch als Arbeiter besser angeschlossen, uns in unserem Bestreben zu unterstützen. Aber ihr habt

gehandelt wie die Götzen.

Derzucht (S. P.): Unsere Beschlüsse von gestern haben sich heute, nur noch schlimmer, verwirklicht. Die „Beheerung“ steht den Ding immer enger zusammen. Wenn Sie (zu den Rechtssozialisten) nicht einen Einfluß ausüben, indem Sie den Einhalt an setzten, werden Sie sich nicht abwenden und wenn

brauchen der Ehre „Wörter“ enthält, dann sind auch Sie mit gemeint. (Stürm. Beifall.) Nur wenn mit dem Sozialismus Ernst gemacht wird, ist Ruhe und Ordnung zu erwarten. Die Antwort der Regierung beschränkt uns in keiner Weise. Nebenbei besteht dann eine längere Erklärung seiner Forderung, wonach den S. P. D.-Leuten ihr verträgliches Verhalten und den Unabhängigen ihre Verhandlungsbereitschaft zum Vorwurf gemacht und zum Schluß die Beendigung des Streiks im gegenwärtigen Augenblick gefordert wird.

Fischer (U. S. P.) wirft den Rechtssozialisten vor, daß sie nicht einmal drei Tage warten konnten, um den Streik abzuwürgen.

Straffer (S. P. D.): In dem Flugblatt steht nur, daß es Zeit sei, Schluß zu machen und daß wir in diesem Sinne Stellung nehmen wollten. Mit Leuten, die zu verbrocheneren Beschließen kommen, können wir nicht gehen. (Heftige Protestrufe.) Dem Antrag auf Steuerverweigerung können wir nicht zustimmen, denn wir halten ihn für eine leere Demonstration. Die Forderung der U. S. P. auf Entfernung der Freiwilligenkorps werden wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Aber wir können nicht zugeben, daß alles, was von den Regierungstruppen gefordert ist, ohne Grund gefaßt. (Langanhaltender Beifall.)

Rüller macht bekannt, daß zwei Delegationen wünschen, von der Versammlung gehört zu werden. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Es treten ein Unabhängiger und ein Abhängiger Abgeordneter der Reichsdamer Eisenbahn-Betriebsstellen sowie ein Vertreter der Arbeiterkammer Spandau auf, um zu erklären, daß sie im Streik verharren werden bis zur reiflichen Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft. (Beifall.)

Inzwischen ist die Kommission erschienen. Zum Bericht über die Verhandlungen mit Roske erhält nun das Wort

Büchel: Nach lauzem Worten zum „Genossen“ Roske vorgelesen, sind uns folgende Forderungen gemacht worden: Die Inhaftierten, denen kein Verbrechen nachgewiesen ist, werden sofort entlassen, sobald die Untersuchung abgeschlossen ist. Im übrigen sei demnach ein Amnestieerlaß für politische Vergehen zu erwarten. Vom Militär geräumt werden sollen zunächst nur die Privatbetriebe; die Kraftwerke aber nur Aug um Aug, wie es die Wiederaufnahme der Arbeit gestalte. Eisenbahnverhältnisse werden am Montag früh von Militär frei sein. Die Bahnhöfe jedoch könnten nicht entleert werden, weil von der Republikanischen Soldatenwehr 9000 Mann entlassen und die übrigen 6000 nicht zum Schutze aufrechterhalten seien. Der Belagerungszustand sei nicht wegen des Streiks verhängt worden, sondern wegen der vorgekommenen Minderungen. (Stürmisches Gelächter.) Nun, wir haben doch keinen Anlaß, an diesen Worten zu zweifeln. (Erneute Heiterkeit.) Roske sei nicht in der Lage, Zugeländnisse zu machen, da die preussische Regierung den Belagerungszustand verhängt habe. Die Freiwilligenverbände werden zurückgezogen werden, sobald das Maß von Ordnung wiederhergestellt sei, wie etwa vor dem 8. März. (Lärm: Also nicht.) Die Arbeiterbrigade werde vorläufig nicht abgerufen werden, solange die Schutzleute weigern sich, mit Waffen auf die Straße zu gehen, da sie sonst Feindseligkeiten von den Arbeitern zu befürchten hätten und sie seien doch auch nur aus deren Stand herabgegangenen. Mit der Bildung einer kommunalen Arbeiterwehr sei Roske einverstanden. Es würde ihm recht sein, wenn die Berliner Arbeiterkammer die Verantwortung in die Hand nehmen wollte.

Geisler (U. S. P.) ergänzt den Bericht durch einzelne charakteristische Rüge. Er habe den Eindruck gewonnen, daß der militärische Berater, Major von Tissa, Pfeife und Roske noch lange. Auf eine Anfrage hin habe Roske, der doch früher dem Militarismus keinen Raum und keinen Grund bewilligen wollte, erklärt: der Deserteur ist und bleibt ein Adler Kerl! (Gezügelter Protest.) Er hat ferner bestätigt, daß unter dem Belagerungszustand

Keine Koalitionsfreiheit mehr

bestünde und habe damit die Massenverhaftungen von Streikposten gerechtfertigt. Er sei auch der Ansicht, daß das, was geschehen sei, von den Drahtziehern einer bestimmten Richtung hervorgerufen wurde. Redner spricht dann den Wunsch aus, Roske möge nur weiter so fortfahren, das werde sehr zur Aufklärung beitragen und, zu den S. P. D.-Leuten gewendet, auch Eure Anhänger werden zur Bestimmung kommen!

Derzucht sieht nur leere Versprechungen, auf die kein Pfifferling zu geben ist.

Franz (S. P. D.) dagegen ist durchaus befriedigt.

Neumann (U. S. P.) erklärt sich für seine Person für Fortsetzung des Streiks.

In der nun folgenden Abstimmung wird mit geringer Mehrheit beschlossen:

Der Generalstreik wird für beendet erklärt. Die Arbeit wird am Montag früh wieder aufgenommen, in militärisch besetzten Betrieben jedoch erst nach erfolgter Räumung von den militärischen Besatzungen. Die Namen der wegen des Streiks Verhafteten sind dem Belagerungszustand bekanntzugeben. Der Belagerungszustand hat für sofortige Entlassung Sorge zu tragen. Alle noch schwelenden Haftbefehle sind aufzuheben.

Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag angenommen, der die sofortige Bildung einer kommunalen Arbeiterwehr verlangt und gleiche für die übrigen Gemeinden fordert.

Aufnahme der Arbeit.

Gesellschaft Spandau. Wiederaufnahme der Arbeit Montag früh in allen Gewerken. Der Arbeiterrat und Obmann, Manke.

Die Kollegen und Kolleginnen des Feuerwerkslaboratoriums Spandau nehmen die Arbeit am Mittwoch früh wieder auf. J. A. Albert Rodmann.

Laut Beschluß der Funktionäre des Kleinbauwerks (Siemensbad) wird die Arbeit am Montag, den 10. d. M., wieder aufgenommen. J. A.: Quandt.

Mitung, Mitz u. Genes. Betriebsversammlung am heutigen Sonntag, vormittags 10 Uhr, Rödernstraße 114.

Telefon-Angehörige und Arbeiter. Der Streik ist aufgehoben und die Arbeit wird am Montag, den 10. d. M., wieder aufgenommen. Der Arbeiterrat, Haase, Müller.

Groß-Berlin.

Aus dem roten Hause.

Die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung haben sich konstituiert. Die stärkste Fraktion ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die 47 Mitglieder umfaßt. Sie wählte in ihrer ersten Fraktionsitzung den Genossen Dr. Wehl zum Vorsitzenden, Genossen Dr. Rosenfeld zum Schriftführer, August Binke zum Kassierer und die Genossinnen Wurm und Abendt zu Beisitzerinnen. Die Rechtssozialisten haben wiederum Herrn Helmman, die Demokraten Herrn Kassel und die Deutschen Sozialisten, die mit den Christlichen und der Deutschen Volkspartei eine Fraktion gebildet haben, den Borrer Koch zu Vorsitzenden. Die bürgerliche Vereinigung besteht aus 30 Mitgliedern, während die Demokraten auf 21 Mitglieder zusammenschmolzen sind. Nach der Stärke der Fraktionen haben Anspruch auf den 1. Vorsitzenden die Unabhängigen Sozialdemokraten. Als 2. Vorsitzende

